

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.  
(davon 27 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 2,97 M. einschließlich 60 Pf.  
Postgebühren und 72 Pf. Poststempelge-  
bühren. Auslandabonnement 5,65 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Posttarif 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Samstags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage  
„Voll und Voll“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einzeln. Kopierpreise 30 Pf.  
Wochensatz 2.- RM. „Kleine An-  
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.  
(einschl. zwei festgedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 12 Pf. Robert H. Karf,  
Stellungsgeber das erste Wort 15 Pf.,  
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über  
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.  
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-  
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäftsbüro, wochen-  
täglich von 8<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Abkürzung nicht genehmigter Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. T. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

# Wird Briand ausgebootet?

## Pariser Gerüchte über eine Umbildung der Regierung Laval.

Paris, 6. Januar. (Eigenbericht.)

In parlamentarischen Kreisen sind gestern und heute Gerüchte von einer teilweisen Umbildung des Kabinetts im Umlauf gewesen, deren Richtigkeit bisher noch nicht nachzuprüfen war, zumal sich auch Ministerpräsident Laval bisher in Schweigen gehüllt hat. Zwei nationalistiche Zeitungen, der „Figaro“ und das „Journal des Débats“, führen diese Gerüchte auf die Notwendigkeit zurück, einen

Erfahrungsmann für den an Typhus erkrankten Kriegsminister Maginot

zu finden, der die Interessen Frankreichs auf der Abrüstungs-  
konferenz nicht vertreten kann.

Denn, wenn selbst der Kriegsminister bald wiederhergestellt sein sollte, würde er einen längeren Genesungsurlaub brauchen, der seine Teilnahme an der Genfer Konferenz unmöglich machen würde. Der „Figaro“ hatte bereits zwei Kandidaten genannt, nämlich den Abgeordneten Fabry, der derselben Partei wie Maginot angehört, und zurzeit Vorsitzender der Heereskommission der Kammer ist, und den früheren Kriegsminister Painlevé, der aber kaum Reizung haben dürfte, in das rechtsgerichtete Kabinett Laval einzutreten.

Die Erhebung Maginots scheint aber nur der Vorwand für die Gerüchte von der Kabinettsumbildung zu sein, denn

die Hauptperson, die man bei dieser Gelegenheit ausschließen will, ist der Außenminister Briand.

Da nun der „Figaro“ einer der schärfsten Gegner Briands ist, kann es sich bei diesen Gerüchten sehr wohl nur um einen Versuch zu handeln.

Auffällig ist aber, daß die radikale „République“, also ein Briand-ergebenes Blatt, auch diese Gerüchte erwähnt und

von einer großen politischen Kompensation spricht, die sich im Schaffen vorbereite.

„Eine starke politische Persönlichkeit“, deren Namen nicht genannt wird, soll wieder auf der politischen Bühne erscheinen, das Außenministerium übernehmen und gegenüber Deutschland wieder eine scharfe Politik, ähnlich der des Nationalen Blocks, zur Anwendung bringen.

Eine offizielle Äußerung über diese Gerüchte ist, wie gesagt, bisher nicht erfolgt. Aber vielleicht wird der morgen stattfindende Ministerrat Aufklärung in der einen oder anderen Richtung bringen.

Auffallend ist in diesem Zusammenhang eine Pariser Meldung der „Telegraphen-Union“, wonach das Befinden Briands es zweifelhaft macht, ob der Außenminister in der Lage sein werde, persönlich an den Konferenzen in Genf oder Genua teilzunehmen. Es sei wahrscheinlich, daß die Verlegung der Sitzung des Europa-Ausschusses durch den ungünstigen Gesundheitszustand Briands mitveranlaßt ist.

### Sir John Simon für Teillösungen.

Rede des englischen Außenministers vor den ausländischen  
Pressevertretern.

London, 6. Januar.

Auf einem Frühstück der Vereinigung der ausländischen Presse in London sprach Außenminister Sir John Simon über die bevorstehenden Konferenzen (Genua, Ratstagung und Abrüstung), er setzte sich lebhaft für ein möglichst frühes Datum des Zusammen-  
tritts der Reparationskonferenz ein und fuhr fort:

Es sei von allergrößter Bedeutung, daß auf jeder der vorer-  
wähnten Konferenzen eine Lösung angestrebt werde, und daß man  
auch willens sei, eine solche zu finden.

Selbst wenn die endgültige Lösung noch in weiter  
Ferne liege,

so sollten doch alle Kräfte angepannt werden, um einen wirk-  
lichen und erheblichen Schritt nach vorwärts auf dem Wege zu  
einer Lösung sicherzustellen, auch wenn es nur eine Lösung in  
Abschnitten sein sollte.

Damit hat die englische Regierung unzweifelhaft zum  
Ausdruck gebracht, daß sie eine endgültige Lösung der  
schwebenden Probleme gegenwärtig nicht für möglich hält,  
sondern nur stufenweise Fortschritte. Das gilt

in ihren Augen offenbar sowohl für die Reparationsfrage  
wie für das Abrüstungsproblem.

### Die neue Indienpolitik.

Flächenrisiken und Massenverhaftungen.

Bombay, 6. Januar.

Unter dem Schutz der Polizei wurde heute früh die  
britische Flagge auf dem Gebäude des Allindischen Kon-  
gresses feierlich gehißt, was die Inbesitznahme dieses  
Gebäudes durch die Regierung anzeigen soll. Vier  
weitere Führer des Kongresses wurden verhaftet. Die  
Zahl der in Bombay verhafteten Personen beträgt zur  
Zeit vierzig, darunter neun Frauen.

Heute frühmorgens erfolgten Massenverhaftungen von  
Kongressführern. U. a. wurde der vormalige Präsident der Gesell-  
schenden Versammlung Bithalbai Patel um 5 Uhr früh fest-  
genommen. Er hatte gestern noch einen Aufruf erlassen, in dem es  
u. a. hieß, alle Engländer in Indien müßten das Gefühl haben, daß  
ihre Person in Indien ebenso sicher wie in England sei.  
Die Ander müßten bereit sein, nötigenfalls ihr Leben zu opfern, um  
Gewalttaten zu verhindern. Ferner forderte er dazu auf,  
sich nicht auf den Boykott britischer Güter und britischer Firmen  
zu konzentrieren als auf andere im Kongressprogramm vorgesehene  
Kampfmittel, denn die Waffe des Boykotts sei unwirksam.  
Zum Schluß wiederholte Patel, daß das Ziel die völlige Unabhänge-  
keit Indiens sei.

### Zusammenstöße im Rheinland.

Krawalle in Homburg und Rheinhausen.

Motex, 6. Januar.

In Homburg kam es heute nachmittag wieder zu Ansam-  
lungen. Mit Einbruch der Dunkelheit waren die üblichen Hunger-  
ruufe zu hören. Die Polizei konnte die Ruhe wiederherstellen. Auf  
der Rheinpreußenstraße wurden durch gefällte Kastanien-  
bäume Barrikaden errichtet, von denen aus die Polizei  
beschossen wurde. Auf der Moerler Straße wurde durch eine  
Flaschenbombe ein Schaufenster zertrümmert. An-  
scheinend galt der Wurf der Flaschenbombe dem die Straße  
passierenden Ueberfallkommando. Personen wurden nicht  
verletzt. Auch in Rheinhausen fanden größere Ansam-  
lungen statt. Die Polizei wurde auf der Friedrich-Alfred-Straße  
mit Steinen beworfen. Die Straße konnte aber bald restlos ge-  
räumt werden. Drei Personen wurden verhaftet.

Das Rücktrittsgesuch des spanischen Botschafters in Berlin,  
Americo Castro Quesada, ist von der spanischen Regierung  
genehmigt worden.

# Wir greifen an!

Morgen, Freitag, 20 Uhr, in den  
Germania-Prachtsälen, Chausseestr. 110

## Massenkundgebung des Reichsbanners

Parole: **Unser der Staat - Unser die  
Macht!**

Redner: Reg.-Rat Dr. Mühle, Landtagsabgeordneter  
Grzimek, Bundesvorstandsmitgl. Schreiner

**Republikaner, seid zur Stelle**

### Ein Patriot flagt an.

Diktatur und Demokratie in Jugoslawien.

Von Hermann Wendel.

Diktatur in einem anderen Lande kann uns als Demo-  
kraten nie gleichgültig sein, am wenigsten dann, wenn wir  
heute innerhalb unserer eigenen Grenzen Fanatiker und  
Narren, Verblendete und Verzweifelte sich nach der Diktatur  
heiser schreien. Aber nicht nur unter diesem Gesichtspunkt,  
sondern auch als Urkunde zur politischen Entwicklung des  
europäischen Südostrons ist die Denkschrift bemerkenswert, die  
Svetosar Pribitschewitsch soeben unter dem Titel  
„Blicke auf den Zustand in Jugoslawien und auf die Zukunft  
des Landes“ verfaßt, weniger für das Ausland berechnet als  
dem Zweck bestimmt, die jugoslawische Jugend zum Kampf  
gegen das Regime des 6. Januar 1929 aufzurütteln.

Durch seine ganze Vergangenheit ist Pribitschewitsch  
dazu legitimiert, nicht nur in seinem eigenen Namen  
aufzurufen, denn, geboren und aufgewachsen als Serbe im  
alten Oesterreich-Ungarn, stand er allezeit unter den Vor-  
kämpfern für die Freiheit und Unabhängig-  
keit seines Volkes voran; aus seinem Munde kam im  
kroatischen Landtag an dem historischen 29. Oktober der An-  
trag, daß sich Kroatien, Slawonien und Dalmatien von  
Wien und Budapest trenne und mit Serbien und Montenegro  
zu einem Staat vereine. Im ersten Kabinett dieses neuen  
Staates Jugoslawien fiel ihm denn das Ministerium  
des Innern zu, und auch in der Folge übte er mehr  
als einmal, manche sagen: zu autoritativ und selbstherrlich,  
ein Ministeramt aus, bis er mit seiner Partei, den Selbst-  
ständigen Demokraten, ins Lager der Opposition  
abswante und sich mit der kroatischen Bauernpartei  
Raditsch gegen den Belgrader Zentralismus verbündete.  
Auf einem andern Blatt steht, ob damals seine Politik  
immer richtig war. Aber weil die Diktatur des Pero  
Schawtschitsch seinen Einfluß auf die Massen fürchtete,  
nahm sie ihn am 19. Mai 1929 fest und hielt ihn, ohne jedes  
richterliche oder auch nur polizeiliche Verhör, zwei ein-  
viertel Jahre in quälender Isolierhaft; als  
Tragik seines Lebens bezeichnet Pribitschewitsch, er-  
klären zu müssen: „Die österreichisch-ungarische Monarchie ist  
nicht einmal während des Krieges, da sie um ihr Dasein  
kämpfte, mit mir, den sie mit Recht als Haupt der Hochver-  
rüter betrachtete, derart umgeprungen wie die Regierung  
meines Heimatlandes, für dessen Gründung ich meine besten  
Jahre geopfert habe.“ Erst ein hartnäckiger Hungerstreik  
brachte dem schwer Leidenden die Freiheit zurück, und heute  
erhebt er aus dem Prager Exil, klagend und an-  
klagend, seine Stimme.

Wenn der Sozialdemokratie im slawischen Süden die  
jugoslawische Einigung als die revolutionärste Tatsache in der  
Geschichte ihres Volkes erscheint, so betont auch Pri-  
bitschewitsch: „Die Idee der Freiheit hat Jugos-  
lawien geschaffen und nur die Idee der Freiheit vermag  
es zu erhalten.“ Auf dem Herde Serbiens flammte das  
Feuer der jugoslawischen Einheitsbestrebungen am heftigsten,  
weil sein König Peter, Rusier eines konstitutionellen  
Herrschers, an zwei Leitgedanken festhielt, einmal: Es kann  
nie zuviel Freiheit geben! dann: Nur durch die Freiheit er-  
zieht man zur Freiheit! Sich auf diese anständige Ueberlebe-  
rung berufend, beteuerte sein Sohn Alexander am  
Gründungstage des neuen jugoslawischen Staates feierlich,  
nur freien Bürgern werde er ein König sein und immer  
den großen konstitutionellen, parlamentarischen und urdemo-  
kratischen Grundgesetzen treubleiben, die auf dem allgemeinen  
Stimmrecht fußten. Damals diese Versprechungen, und  
heute? „Wir haben“, sagt Pribitschewitsch, „uns ein-  
gegraut, wenn wir hörten, wie in der Türkei Abdul  
Hamids die Leute ausspinnen mußten, ob nicht Spindel ihre  
Unterhaltung belauschten. So ist es zu unserer Schande jetzt  
im Königreich Jugoslawien!“

Die Schrift des Exministers rechnet mit den Renegaten  
ab, die früher an seiner Seite kämpften und nunmehr als  
Büttel der Dynastie dienen, und zeigt, wie das vergangene  
Jahr mit der oktrozierten Verfassung vom 3. Sep-  
tember und den Terror- und Schwindelwahlen  
vom 8. November an dem Wesen der Diktatur nichts ge-  
ändert hat, aber er tut auch dar, daß es sich nicht etwa um  
eine Hegemonie des Serbenvolkes über Kroaten und  
Slowenen handle — „das Serbentum heißt keine bevor-  
rechtete oder herrschende Stellung im Staate, sein Ideal ist  
die Demokratie“ —, sondern um den Machtwillen „einer  
privilegierten und der Korruption zugänglicher Familien in  
Begrad, die mit gewissen Familien im Lande verflochten sind

und die wir als die Schmaroger Jugoslawiens ansehen müssen". Weil für diese Parasiten der junge Kapitalismus im slawischen Süden das bedeutet, was der Wader der Sped ist, wirbt Pribitschewitsch auch für die allerdings nicht scharf umrissene wirtschaftliche Demokratie, die ihm als Voraussetzung der politischen Demokratie erscheint.

Politische Demokratie aber mündet ihm nicht in die zentralistische, sondern in die föderalistische Staatsform; er kann hier den vor zwei Menschenaltern jung verstorbenen, genialen Swetosar Markowitsch anführen, der in Serbien als Stammvater wie der radikale, so der sozialistische Partei gilt. Ob freilich gerade eine moderne Demokratie auf so verstaubte Begriffe wie „historisch-politische Individualitäten“ pochen und wehklagen darf, weil die neue Staatsgliederung in Banskafanten uralte Namen wie Dalmatien, Syrmien, Bosnien megalomane, steht dahing, auch die französische Revolution räumte bei ihrer Departementseinteilung sehr unsentimental mit den alten Landschaftsnamen wie Maine, Anjou, Poitou, Picardie auf, in denen sich doch nicht minder „historisch-politische Individualitäten“ verkrustet hatten. Aber recht hat Pribitschewitsch damit, daß die neuen Banskafanten Jugoslawiens mit Selbstverwaltungskörpern nichts zu tun haben, weil ihnen eines fehlt: die Selbstverwaltung. Nicht Dämme gegen den Zentralismus sind sie, sondern Kanäle für den Zentralismus.

Doch er sein Leben lang ein Vorkämpfer des jugoslawischen Gedankens gewesen sei, unterstreicht Pribitschewitsch mit Fug. Daß er auch heute den jugoslawischen Gedanken nicht verleugnet, mag allen, italienischen Faschisten, magyarischen Kovachards, österreichischen Legitimisten, bulgarischen „Makedonifizierenden“, bitter aufstoßen, denen die jugoslawische Einheit ein Dorn im Auge ist. „Wir wollen den Staat“, heißt es klipp und klar, „einen Staat, in dem Serben, Kroaten und Slowenen einander völlig gleichberechtigt sind und in dem diese Gleichberechtigung nicht durch Worte, sondern durch die staatlichen Einrichtungen verbürgt ist. Wir wollen einen Staat, in dem auch die nationalen Minderheiten zufrieden sind. Wir wollen, daß sich Jugoslawien durch Beitritt der Bulgaren von der Adria bis zum Schwarzen Meer ausdehnt, denn nur so wird die vollkommene jugoslawische Einheit Wirklichkeit. Nur ein solches großes und innerlich ausgeglichenes Jugoslawien, das alle Stammeszwistigkeiten auf der Grundlage der Gleichheit und Gleichberechtigung gelöst hat, wird alle fremden Einflüsse vom Balkan fernhalten und den dauernden Frieden auf dem Balkan und in Mitteleuropa sichern.“

Leider ist das vorderhand noch Zukunftsmusik. Gegenwart ist die kaum verkappte Diktatur in Jugoslawien, von deren unheilvollen Folgen Pribitschewitsch feststellt: „In der Sklaverei kann nichts gedeihen, weder Wirtschaft noch Kultur, in der Sklaverei vermögen sich weder die geistigen Energien zu entfalten noch der Weltstreit um den Fortschritt zu vollziehen, in der Sklaverei herrscht nur Verwüstung und Finsternis.“

Es sind die bekannten Wirkungen jeder Diktatur!

## Goebbels ist uninformiert.

Sitter wieder im Kaiserhof.

Gestern, am Mittwoch, dem 6. Januar 1932, erschien der nationalsozialistische „Angriff“ mit der folgenden fettgedruckten Verkaufszahlung an der Spitze des Blattes:

„Die tägliche Lüge. Hitler nicht in Berlin. Die Berliner Journalisten hatte die Meldung gebracht, daß sich Adolf Hitler nach Berlin begeben habe, wo er in diesen Tagen Besprechungen von außerordentlich einschneidender Wirkung haben werde, und wo vor allem auch eine erneute Fühlungnahme mit dem Reichswehrministerium geplant sein solle. Der „A. B.“ schreibt dazu, daß diese Meldung absolut unzutreffend und von A bis Z erfunden ist. Adolf Hitler befindet sich nach wie vor in München.“

Gestern, am Mittwoch, dem 6. Januar 1932, traf Adolf Hitler am frühen Morgen in Berlin ein und bezog seinen feudalen Wohnheiten entsprechend Wohnung im Hotel Kaiserhof. Da scheint Herr Hitler für Herrn Goebbels sehr überraschend gekommen zu sein!

## Das Goebbels-Palais.

Seitdem Hitler im Braunes Palais in München residiert, ist Herr Goebbels mit seiner eigenen Residenz in den nächtlichen Geschäftsräumen in der Hedemannstraße tief unzufrieden. Um seiner Benachteiligung abzuhelfen, verhandelt der Gau Berlin über die Pachtung des Prinz-Albrecht-Palais in der Wilhelmstraße.

Jedem Führer sein Palais!

## „Wir greifen an!“

Massenkundgebungen der „Eisernen Front“

Kiel, 6. Januar. (Eigenbericht.)

Die „Eiserne Front“ der Arbeiterorganisationen in Schleswig-Holstein hat unter der Parole „Wir greifen an“ das neue Jahr in fast allen Städten mit großen Kundgebungen gegen den Faschismus eingeleitet. Bis her fanden nicht weniger als 40 Versammlungen statt, die förmlich überfüllt waren. Seit 1918 hat die Provinz dergleichen überfüllte Veranstaltungen nicht mehr erlebt. Im Verlaufe dieser Woche werden noch weitere 50 Kundgebungen einberufen werden.

## Der Schutzbündler ist kein Mörder.

Freispruch in Graz.

Der eines Mordes an einem Heimwehrmann beschuldigte Schutzbündler Steineberger wurde am Mittwoch nach dem Spruch der Geschworenen, die alle Schuldfragen verneinten, freigesprochen. Steineberger wurde sofort aus der Haft entlassen.

Verbot der Broschüre „Wer war Schlageter?“ Der Verlag „Das andere Deutschland“ teilt mit: Die in unserem Verlage herausgebrachte Broschüre „Wer war Schlageter?“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten für den Bereich des Freistaates Preußen polizeilich beschlagnahmt und verboten worden, weil ihr Inhalt die „öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet“.

# Um Ausgleich des Preußen-Stats.

Aussprache zwischen Klepper und Brüning.

Der preußische Etat für das Jahr 1932 soll dem Landtag in nächster Zeit vorgelegt werden. Gegenwärtig weist er allerdings noch einen Fehlbetrag von 167 Millionen auf, von denen etwa 20 Millionen durch weitere Einsparungen gedeckt werden sollen. Aber auch dann verbleibt noch ein Fehlbetrag von rund 150 Millionen, dessen Deckung nur auf zwei Wegen möglich erscheint: entweder durch Erschließung neuer Einnahmen oder durch eine zusätzliche Hilfe des Reichs.

Am Mittwoch hat über diese Fragen eine Aussprache zwischen dem Reichsminister Dr. Brüning und dem preußischen Finanzminister Dr. Klepper stattgefunden. Im preußischen Finanzministerium plant man durch die Einführung der Schlachtsteuer, wie sie bereits in Bayern und in Sachsen besteht, etwa 100 Millionen neue Einnahmen zu gewinnen. Im Reich aber trägt man Bedenken, daß durch die Einführung der Schlachtsteuer die

Abgaben der Reichsregierung auf Senkung der Preise durchkreuzt, mindestens aber erschwert werden können. Andererseits aber weigert sich auch die Reichsregierung, Preußen irgendwelche Zahlungen auf Grund seiner alten Entschädigungsansprüche durch den Kriegsausgang und den Friedensvertrag, wie sie den süddeutschen Staaten mehrfach gewährt worden sind, zu bewilligen.

Zu einer Verständigung scheint es in der Besprechung nicht gekommen zu sein. Sie muß jedoch gefunden werden, weil ungesunde Finanzen des größten deutschen Einzelstaates ebenso gefährlich sind wie im Reich. Trägt das Reich Bedenken gegen eine Erhöhung oder Neueinführung von Steuern, was durchaus zu verstehen ist, dann darf es sich nicht zugleich auch der Pflicht entziehen, Preußen mit Reichsmitteln über die nicht selbstverschuldeten Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

# Beschlagnahmte Justizkritik.

Leipzig hat Zeit — Stuttgart hat Eile.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die Stuttgarter Polizei das sozialdemokratische Hauptorgan in Württemberg, die „Schwäbische Tagwacht“, beschlagnahmt, weil es heftige Kritik an der Unterbrechung des Reichsgerichts im Falle Best und Genossen geübt hat. Die Kritik ging davon aus, daß der Verfasser der Borgeheimer Blutdokumente, Best, inzwischen das Amt eines Richters im heftigen Staatsgerichtshof verfehlt, während die Ermittlungen des Reichsgerichts gegen ihn immer noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Diese Kritik ist eine Äußerung tiefen Mißtrauens gegen das Reichsgericht. Die polizeilichen Maßnahmen gegen die Kritik werden jedoch das Vertrauen in das Reichsgericht nicht verstärken!

Vertrauen in die Justizpflege eines Landes wird nicht dadurch erreicht, daß man mit Beschlagnahmen, Verböten und Verfolgungen gegen die Kritiker vorgeht. Wenn die Funktion der Rechtspflege in einem Lande nicht mehr im Einklang mit dem Rechtsempfinden eines großen Teiles des Volkes ist, so liegt darin eine ernste Gefährdung der öffentlichen Ordnung, jedenfalls eine ernste Gefährdung als selbst durch eine überaus scharf gehaltene Kritik. Die deutsche Justiz sollte auf diesem Gebiete Erfahrungen haben. Als das Vertrauen in die deutsche Justiz wankend wurde, weil eine ständig wachsende Anzahl von Urteilen mit dem Rechtsempfinden des Volkes nicht mehr vereinbar war, wurde in Richterkreisen der Versuch unternommen, gegen die Urteilskritik mit Strafverfahren vorzugehen. Dieser Versuch der Richter, sich der öffentlichen Kritik zu entziehen, hat seinerzeit zu so empörendem Widerstand geführt, daß er sehr bald eingestellt werden mußte.

Eine neue Vertrauenskrise der Justiz ist im Wachsen. Der Fall Best hat diese Vertrauenskrise unzweifelhaft befestigt. Die lange Dauer der Voruntersuchung gegen Best und Genossen erregte in der Tat tiefstes Befremden.

Man fragt nicht, durch welche Momente und welche Schwierigkeiten die lange Dauer dieser Voruntersuchung bedingt ist. Gründliche Untersuchung ist ganz gewiß gut. Aber liegt denn dieser Fall im Tatsächlichen wirklich so schwierig? Liegt er nicht vielmehr furchtbar einfach?

Das Tempo der deutschen Justiz ist fast einzigartig. Man erinnert sich daran, wie rasch die englische Justiz im Falle des Lord Kinsland gearbeitet hat und man vergleicht damit, wie lange es in Deutschland dauert, bis die Fälle Raiffeisen und Favag, Bahulen und Kagenellenbogen vor Gericht abgeurteilt werden. Die Reichsregierung selbst war der Überzeugung, daß das Tempo beschleunigt werden müsse. Sie hat mit Hilfe von Rotverordnungen schnellgerichtliche Aburteilung gegen Wirtschaftsverbrecher und gegen Verleumdungen von Personen vorgeesehen, die im politischen Kampfe stehen.

## Siedehitze in Braunschweig.

Datenkreuzer und Kommunisten im Frauen Verein.

Braunschweig, 6. Januar. (Eigenbericht.)

Im Lande Braunschweig ist die Stimmung bereits jetzt, kurz nach Beendigung des Weihnachtsfriedens, bis zur Siedehitze gestiegen.

In nationalsozialistischen Versammlungen hält der Naziminister Klages gegen die Marxisten und gegen die sogenannten Rotverordnungsparterien geschwollene Reden. Die Kommunisten demonstrieren in den Straßen der Stadt Braunschweig gegen die Regierung, durch die sie mit einer ganz unzureichenden Winterbeihilfe enttäuscht worden sind. In Helmstedt demonstrieren die Nationalsozialisten wegen der Blutaten in Böhme. Die während dieser Blutaten verwundeten Nationalsozialisten und ein Kommunist liegen im Krankenhaus in Helmstedt. Am Dienstag erhielten die verwundeten Nationalsozialisten Besuch von Parteifreunden. Später drangen sie in das Zimmer des Kommunisten ein und spuckten vor seinem Bett aus. Als das in der Stadt bekannt wurde, kam es auf der Straße zu Schlägereien und Tumulten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, so daß das Heberfallkommando aus Braunschweig eingesetzt werden mußte.

In keinem deutschen Lande dürfte es augenblicklich so unruhig zugehen wie in Braunschweig.

## Perlen in der SA-Kaserne.

Halbe Kinder als Stürmer für Adolfs Größe.

Braunschweig, 6. Januar. (Eigenbericht.)

Was für Inzassen in den SA-Kasernen hausen, die von dort Heberfälle auf sozialistische Arbeiter unternahmen, ergab eine Verhandlung vor dem Schnellrichter in Schöningen wegen der dort vorgekommenen, von uns bereits gemeldeten Naziprozessionen. Zwei angeklagte Nazis wurden wegen Körperverletzung und wegen Verstoßes gegen die Rotverordnungen zu niedrigen Geldstrafen verurteilt, weil den Beschuldigten ihre Jugend zu gute gerechnet wurde. Der eine Angeklagte war ein zwanzigjähriger Erwerbsloser aus Bodum, der andere ein

Wir müssen feststellen, daß eine sichtbare und durchgreifende Beschleunigung des Tempos bisher durch die Rotverordnungen noch nicht bewirkt worden ist.

Vor allem beim Reichsgericht aber merkt man nichts von einer Beschleunigung des Tempos! Fast täglich liest man von der Aburteilung von Kommunisten, die der Vorbereitung des Hochverrats beschuldigt worden sind. Wir erinnern uns, daß seit mehr als Jahr und Tag beim Reichsgericht auch ein Verfahren gegen Herrn Goebbels wegen des Deliktes der Vorbereitung zum Hochverrat schwebt. Bileicht wäre die Erinnerung daran in der Defensivität bereits völlig erloschen, wenn nicht in der nationalsozialistischen Presse selbst aus Anlaß der Veröffentlichung der Borgeheimer Dokumente daran erinnert worden wäre. Schwebt die Verfahren gegen Herrn Goebbels noch, ist es abgeschlossen, ist es eingestellt? Weiß Herr Goebbels selber noch Bescheid, wie es mit dem Verfahren gegen ihn steht?

Fragt man diesen Vergleichsfall ins Auge, so muß man sich auch im Falle Best und Genossen auf ähnliches gefaßt machen! Es ist kein Wunder, daß in weiten Kreisen des Volkes die Kritik am Reichsgericht dabei immer heftiger wird.

In den Borgeheimer Dokumenten haben alle Republikaner eine politische Frage erster Ordnung gesehen. Man hat mit Recht darin eine gefährliche Drohung nicht nur gegen den Staat, sondern auch gegen Leib und Leben und Eigentum der Staatsbürger erblickt. Diese Borgeheimer Dokumente sind mit Anlaß gewesen den Willen zum politischen Kampf und Widerstand gegen die faschistischen Drohungen in weiten Kreisen des Volkes zu wecken und zu verstärken. Aber liegt in der Anschauung, daß gegen diese Drohungen nur politischer Widerstand wirksam sei, nicht eigentlich schon stillschweigend die Anschauung, daß die Justiz bereits verlasse?

Je mehr die Justiz gegenüber den Vorbereitungen des Faschismus zum Staatsstreich und gegenüber den wilden ungezügelter Drohungen seiner Anhänger verlagert, um so stärker wird auch die Resignation gegenüber dem Justizapparat, um so heftiger werden auch Empörung und Kritik werden. Es ist in der Tat unerträglich, daß Herr Best Mitglied des heftigen Staatsgerichtshofes ist, während die Voruntersuchung gegen ihn ein Schnecken-tempo einschlägt. Es ist noch unerträglich, daß mit polizeilichen Mitteln gegen die Kritiker dieser Tatsache vorgegangen wird, während die wilden Ausschreitungen und Drohungen der Freunde der Best und Genossen einer nicht mehr begreiflichen Wildheit begehen. Das Vorgehen der Polizei in Stuttgart gegen die „Schwäbische Tagwacht“ wird darum die Kritik nicht aufhalten, es wird sie vielmehr noch verstärken!

achzehnjähriger Erwerbsloser aus der Tschechoslowakei. Beide hatten bereits seit Monaten SA-Dienst in der Wolfenbütteler Hitler-Kaserne versehen.

In Helmstedt zertrümmerten randalierende Nazis die Schaufenster eines jüdischen Warenhauses.

Zu unserer Meldung über den Koalitionstrach in Braunschweig teilt uns die dortige Landesgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei mit, daß der Präsident der Staatsbank, Dr. Stübgen, bei der Volkspartei weder Mitglied war noch gegenwärtig ist.

## Danilo klagt.

„Der Jungdeutsche“ soll Frau Danilo beleidigt haben.

Am Donnerstag findet vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte die Hauptverhandlung in der Privatklage statt, die der ehemalige Prinz Danilo von Montenegro als Ehemann der Prinzessin Milha von Montenegro, geb. Herzogin Jutta von Mecklenburg-Strelitz, wohnhaft zu Roquebrune (Südfrankreich) gegen den verantwortlichen Redakteur der Tageszeitung „Der Jungdeutsche“, Erich Glöckchen, angestrengt hat. Dem Beklagten wird Beleidigung der Milha in einem Kommentar zu ihrem Abfindungsprozeß mit dem mecklenburgischen Staat (Zahlung von einer halben Million Mark) vorgeworfen.

Nazis als Amtshauptleute. In der Amtsoberprüfung des Amtes Schwerin wurde von der nationalsozialistischen Mehrheit der nationalsozialistische Regierungsrat a. D. Böcker zum Amtshauptmann gewählt. Die Sozialdemokratie gab ihre Stimmen für den bisherigen Amtshauptmann Dr. Müller ab. Die neu gewählte Amtsoberprüfung (Landkreisstag) des Amtes Parchim wählte am Mittwochnachts den nationalsozialistischen Rechtsanwalt Zeidler aus München an Stelle des bisherigen Amtshauptmanns Ried zum Amtshauptmann.

In Mexiko wurden mehrere katholische Geistliche wegen Vergehens gegen die Kirchengesetze verhaftet. In letzter Zeit hat die Spannung zwischen Kirche und Staat wieder stark zugenommen. Dieser Tage erst ordnete die Regierung an, daß katholische Schuldiplome nicht anerkannt werden.

# Sittenrichter.

Rehner gab das Stichwort — die Hehe bricht los.

Amtsgerichtsdirektor Rehner, Vorsitzender im Klarek-Prozess, hat sich erlaubt, über den Direktor bei der W.B. Brolat öffentlich ein Werturteil zu fällen, zu dem er als Richter weder berufen noch befähigt war. Er hatte den von ihm angegriffenen Brolat weder persönlich kennengelernt, noch ihn als Zeugen vernommen. Trotzdem hielt er sich für berechtigt, eine geringfügige Bemerkung zu machen, die der Öffentlichkeit selbstverständlich nicht vorzuenthalten blieb.

Wir haben diesen Uebergriff des Herrn Rehner alsbald zurückgewiesen. Brolat hat das einzige getan, was er in diesem Falle tun konnte, nämlich gegen den vorläufigen Richter beim Justizminister Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben. Eine Klage gegen den Amtsgerichtsdirektor konnte schon deshalb nicht in Frage kommen, weil dieser sich jeden Augenblick auf § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) berufen könnte.

Aber aus dem Fall Rehner wird jetzt in einem Teil der Presse gewaltig ein „Fall Brolat“ gemacht. Daß die kommunistische Presse Brolat und die Sozialdemokratie angreift, ist so üblich, daß es keinerlei Aufsehen mehr erregt. Nun aber hält es ein Blatt wie die „Bosfische Zeitung“ geboten, über Brolat und gleichfalls über die Sozialdemokratie in einer Weise herzufallen, die entschiedene Zurückweisung notwendig macht. Es werden da über Brolats Lebensführung Behauptungen aufgestellt, die ungenügend der Wahrheit darstellen. Es wird behauptet, daß er „jeden Zusammenhang mit dem proletarischen Milieu, aus dem er stammte“, verloren habe, daß es sich um den „Fall eines politischen Vordenkers“ handle, für den die Sozialdemokratie verantwortlich sei und dergleichen schöne Dinge mehr.

Was die Lebensführung Brolats anlangt, so wissen seine engeren Parteifreunde aus der Arbeiterschaft wahrscheinlich besser darüber Bescheid, als die Redaktion der „Bosfischen Zeitung“, die es für geschmackvoll hält, dem Proletarier Brolat die Höhe seines Gehalts vorzuwerfen, während sie von den höheren und gleich hohen Gehältern, die die bürgerlichen Mitdirektoren der W.B. schon vor Brolats Amtsantritt bezogen, kein Wort zu sagen magt. Man spricht in Berlin auch von Summen, die im Hause Ilkstein an gewisse „Prominente“ gezahlt werden, an die das jetzige Gehalt Brolats sicher nicht entfernt heranreicht. Man spricht auch von Beziehungen demokratischer Stadträte und Stadtverordneten zu den Klareks, aber die „Bosfische Zeitung“, im Stile der Münzberg-Presse, glaubt den Sittenrichter über die Sozialdemokratie spielen zu sollen, weil sie Brolat nicht abschüttelt. Dazu hat die „Bosfische Zeitung“ so wenig ein Mandat wie Herr Amtsgerichtsdirektor Rehner!

## Amtliche Telephonbücher beschlagnahmt! Und ein Wiener Radioffandal.

Wie anderswo auch, werden in Wien neben dem staatlichen Verzeichnis der Fernsprechnummern auch von Privatverlagen solche Bücher als Kellamewerke herausgegeben. Vor diesen Unternehmungen hatte die Postverwaltung in der Presse warnen lassen, da private Telephonbücher lächerlich seien. Die betreffenden Unternehmer hatten einkaufliche Verfügungen gegen die Wiederholung dieser Warnung erwirkt. Da man sich daran nicht hielt, sind auch schon Geldstrafen verhängt worden. Nun ist in den amtlichen Telephonbüchern außerhalb Wiens wiederum diese Warnung erschienen. Darauf hat der Herausgeber eines privaten Telephonbuches, zu dem sogar Minister Hainl ein Vorwort geschrieben hatte, die Beschlagnahme aller amtlichen Fernsprechnummernverzeichnisse mit Ausnahme des Wiener beantragt und in allen Instanzen einschließlich des Oberlandesgerichts durchgesetzt. Das Verfahren gründet sich auf das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem auch die Postverwaltung untersteht, wenn sie Geschäfte macht und gegen Konkurrenten vorgeht. Das Handelsministerium hatte gegen einen eigenen Erlaß versucht, sich über das Gesetz zu stellen, was ihm aber nicht gelungen ist.

### Radio- und andere Vermittlung.

Der amerikanische Standard Konzern hatte im Einverständnis mit der Wiener Sendegeellschaft „Kavag“ ein Projekt zur Konzeptionsierung eingereicht, wonach der Rundfunk von gewissen Zentralen aus telephonisch in die Wohnungen geleitet werden sollte, so daß man durch bloßen Anschluß an Kopfhörer oder Lautsprecher hören könnte. Selbstverständlich wäre mit dieser Einrichtung das Geschäft in Radioempfangsgeräten tot gewesen. Die Radioindustrie kämpfte mit großer Energie für ihre Selbsterhaltung. Es gelang ihr, das amerikanische Projekt zum Scheitern zu bringen. Rechtlich aber hat die Radioindustrie dem Minister ein „Gedächtnisprotokoll“ überreicht. Danach war dem zuständigen Sektionsrat (Ministerialrat) Dr. Ray von der Standard für die Konzeptionserteilung ein Direktorposten in der neuen Gesellschaft versprochen; von der Radioindustrie verlangte er 15 000 Schilling, um die Konzeptionserteilung mindestens um ein Jahr zu verzögern. Bei den Verhandlungen hielt sich Dr. Ray möglichst im Hintergrund, die Herren Goldschmid und Ulrich traten desto mehr hervor, wobei besonders die Beziehungen des letzteren zu einflussreichen Politikern eine Rolle spielten. Der jüdische Beherhändler Ulrich ist nämlich mit führenden Christlichsozialen sehr befreundet und da es sich um eine Schiebererei handelt, ist — natürlich, möchte man ausrufen — der Heimwehr-Bandenhauptmann von Steiermark, Dr. Rintelen, mit dabei. Ray, Goldschmid und Ulrich sitzen in Untersuchungshaft.

## Das Gericht macht Ernst.

Die Heildorf-Angeklagten haben vor Stelle zu sein!

Das Ausbleiben der sechs Angeklagten im Heildorf-Prozess hat das Gericht zu dem einzig möglichen Entschluß veranlaßt: die Anwesenheit sämtlicher Angeklagten ist von nun an für unbedingt erforderlich zu erachten. Landgerichtsdirektor Ohnesorge erklärte am Schluß der gestrigen Verhandlung, daß, sollte in Zukunft der eine oder andere Angeklagte der Sitzung fernbleiben, so würde er Gefahr laufen, vorgeführt oder gar verhaftet zu werden. Landgerichtsdirektor Ohnesorge hielt auch dem Angeklagten Heildorf in sehr scharfer Form vor, daß der Beginn der Verhandlung sich durch seine Schuld auf anderthalb Stunden verzögert habe. Von den fünf Angeklagten, die entschuldigt fortgeblieben waren, erschienen zwei im Laufe des Nachmittags im Gerichtssaal; den übrigen drei wollte die Staatsanwaltschaft durch Rohrpost mitteilen, daß sie heute im Gerichtssaal anwesend zu sein haben.

Trotz des Vorhofs des Vorsitzenden, in dem krounen Kozimewitz zu erscheinen, hatten gestern etwa vier Angeklagte wieder die „Uniform“ angelegt. Der Vorsitzende rügte das und ersuchte, seiner Anordnung Folge zu leisten.

Das Zeitgenepium konnte gestern erledigt werden. Unter

# Nationalsozialistischer Betriebssturm.



„Nein, solche Gestalten werden in die Betriebe nicht hineingelassen!“

## Folgen des Großbankentrachs

Schwere Dauerbelastung Deutschösterreichs

Zur Stundung der reichsdeutschen Reparationsleistungen mußte Amerika den Anstoß geben; ihre weitere Unterbrechung muß eine Konferenz aller beteiligten Regierungen beschließen, und um den vollen Verzicht darauf, der allein zur rettenden Tat werden könnte, geht jetzt der Kampf.

Das bettelarme Deutschösterreich hat man selbst in der ersten Nachkriegszeit nur mit einem Generalpfandrecht der „Slagerlooten“ belastet, direkte Zahlungen konnte man ihm gar nicht zumuten. Jetzt aber droht dem Lande eine innere Reparation, die schließlich doch den ausländischen Hauptgläubigern der verfrachten Creditanstalt zugute kommen soll.

Dr. Kunwald, der schon Finanzdecaler der kaiserlichen Regierung gewesen ist und dessen Rat auch die Bürgerkreditregierungen der Republik in Anspruch genommen haben, führt in der „Neuen Freien Presse“ aus, daß die Creditanstalt gegen 1300 Millionen Schilling Schulden hat, 400 bis 500 Millionen an die Auslandsgläubiger, 600 Millionen an die Nationalbank und 250 Millionen an die Inlandsgläubiger. Diesen Schulden steht so gut wie gar kein Vermögen gegenüber, denn die Industrieunternehmungen der Bank sind so verschuldet, daß sie als Vermögensobjekt heute kaum in Betracht kommen. Wie Dr. Kunwald ausrechnet, hat

die Creditanstalt heute ein jährliches Defizit von 70 bis 80 Millionen Schilling. Der Staat muß also monatlich 6 bis 7 Millionen Schilling in die Bank hineinklopfen.

Kunwald verlangt, daß die Bank schulden- und lastenfrei gestellt wird. Es sei daher eine Einigung mit den Gläubigern der Bank in der Weise anzustreben, daß die Bank selbst aus der Haftung entlassen und die durch die Haftung des Staates voll gedeckten Gläubiger kein Zugriffsrecht auf den Besitz der Bank, d. h. ihre Industrien haben. Jetzt sei gerade der günstige Augenblick, eine derartige internationale Einigung herbeizuführen. Hinter diesen Vorstößen dürften die ausländischen Kapitalisten

stehen. Es wird verlangt, daß der Staat für die „vergliehenen“ Verpflichtungen Obligationen an die Gläubiger ausgibt. Die Zahlungen auf diese Obligationen sollen wegen der finanziellen Schwierigkeiten des Staates erst nach zwei Jahren beginnen. Ihre Rückzahlung soll sich auf mindestens 30 Jahre erstrecken, ihre Verzinsung soll ungewöhnlich niedrig sein. Der Staatshaushalt soll aus diesem Titel für 1925 bis 1964 mit nicht mehr als höchstens 50 Millionen Schilling belastet werden.

Dafür aber soll die Creditanstalt aus der Haftung unbedingt entlassen werden. Der Staat soll die Zahlung aller Pensionen übernehmen, der jetzigen Pensionen und der Pensionen der Arbeitslosen. Daraus wird dem Staat eine weitere Belastung von 15 Millionen Schilling erwachsen.

Dafür sollen dem Staat sämtliche Aktien der Creditanstalt überantwortet werden, der

diese Bank nicht durch den Staat, sondern für den Staat vermarktet werden.

Aus dem Reingewinn soll der Staat für seine Leistungen entschädigt werden. Kunwald glaubt, daß sich auf diese Weise die der Creditanstalt angeschlossenen Industrien retten ließen. Der Staat hätte ein sehr wertvolles Pfand für künftige Anleihen und könnte die Währung radikal sanieren. Damit will man die Öffentlichkeit und das Parlament gewinnen. Aber während dieser dreißig Jahre gäbe es in Oesterreich auch weiter keine Altersversorgung. Um einen Bruchteil dieser Summe rauf die Regierung wochenlang mit den Bundesangestellten.

Nichts aber sagt Kunwald von der Haftung der früheren Leitung der Creditanstalt, Rothschid, Reurath und den Verwaltungsräten. Rothschids sitzen in London, Sieghart ist auch in Sicherheit — die Bürgerkreditregierung hat keine Energie gegen schuldige Wirtschaftsführer.

Von Wien aus wird versucht, den Direktor Ritzher von der Reichskreditbank in Berlin als Generaldirektor der Creditanstalt zu gewinnen.

anderem wurde der Besitzer des Café Reimann vernommen. Heute folgen weitere Kurfürstendamm-Verhöre. Auch der Rechtsanwalt Dr. Apfel, der in der letzten Verhandlung aufschlußreiche Bekundungen über seine Beobachtungen zu Beginn der Nazidemonstration gemacht hatte, ist an der Reihe. Wie verlautet, hat er in der Zwischenzeit eine große Zahl von Drohhriefen erhalten. Vielleicht erfährt man etwas aus deren Inhalt. Es bedarf übrigens keiner großen Phantasie, um sich die anonymen Eudeseien vorzustellen.

## Münzgewinne bessern Reichseinnahmen Gesamtdefizit rund eine Milliarde.

Nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums stellen sich die Einnahmen im ordentlichen Haushalt vom April bis November 1931 (Rechnungsjahr April bis März) auf 5009,4 Millionen, denen an Ausgaben insgesamt 5817,7 Millionen gegenüberstehen. Es ergibt sich also ein Ueberschuß von 81,7 Millionen Mark.

### Zur Funktionärkonferenz.

Hilferding vor den Betriebsvertrauensleuten.

Ueber die Funktionärkonferenz der Betriebsvertrauensleute, in der Genosse Hilferding sprach, berichten wir in der Abendausgabe.

Die Wahlen der Vertreter der Betriebsvertrauensleute für den Bezirksoberland findet in einem besonders für diesen Zweck einberufenen Funktionärkonferenz statt. Termin wird noch bekanntgegeben. Der Bezirksoberland.

Dagegen ergibt sich im außerordentlichen Haushalt für die gleiche Zeit eine Summe von 110,6 Millionen Mehrausgaben.

Im Monat November betragen die Einnahmen im ordentlichen Haushalt 739,5 gegen 686,7 Millionen Ausgaben. Dieses günstige Ergebnis ist hauptsächlich auf die Münzgewinne des Reiches in dem Berichtsmonat in Höhe von 101,6 Millionen zurückzuführen. Der aus dem vorhergehenden Rechnungsjahr übernommene Fehlbetrag von 1030,5 Millionen hat sich entsprechend der Schuldenbildung auf Grund des Gesetzes vom 23. Oktober 1930 auf 750,5 Millionen ermäßigt. Unter Einrechnung des bis zum November erzielten Ueberschusses stellt sich also das Defizit im ordentlichen Haushalt auf rund 659 Millionen Mark.

Rechnet man im außerordentlichen Haushalt zu dem bis Ende November eingetretenen Defizit von 110,6 Millionen noch den aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrag von 261,4 Millionen hinzu, so ergibt sich ein Fehlbetrag von 372 Millionen Mark. Das Gesamtdefizit des Reichshaushalts stellt sich danach also Ende November auf 1030,6 Millionen.

Die schwebende Schuld des Reiches hat sich gegenüber ultimo Oktober von 1802 auf 1746,7 Millionen verringert. Der Kassenbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenkassen stellte sich auf 31 Millionen Mark.

### Streikbetämpfung in Spanien.

Am Dienstag kam es zwischen den streikenden Arbeitern einer Schuhabrik in Arnedo (Provinz Logrona) zu einem Zusammenstoß mit der Guardia Civil, die von der Schutztruppe Gebrauch machte. Sechs Leute, darunter vier Frauen, und 16 Schwerverwundete blieben am Plage.

Einem derartigen Mißbrauch der Schutztruppen müßte die Regierung denn doch begegnen.



# Der Kampf um die Miete.

## 10-15000 Neubaumieter haben ihre Wohnungen gekündigt.

Für die Inhaber von Neubaumwohnungen war am 5. Januar der letzte Termin, um von dem außerordentlichen Kündigungsrecht Gebrauch zu machen.

Wenn auch abschließende Zahlen über den Gesamtumfang der erfolgten Kündigungen noch nicht vorliegen, so steht doch immerhin schon fest, daß die Neubaumieter einem außerordentlich hohen Prozentsatz den Hauswirten einen „blauen Brief“ überreicht haben. Nach dem Ueberblick, den der Neubaumieter-Berband Groß-Berlin aus seiner in den letzten Wochen erheblich gestiegenen Geschäftstätigkeit hat, haben sich seit Erlass der vierten Rotverordnung — das war am 8. Dezember — ungefähr 40000 Neubaumieter in Groß-Berlin für die Kündigung interessiert. Die Nachricht jedoch, daß für das Kündigungsverfahren noch besondere Ausführungsbestimmungen erlassen werden, bewog viele Mieter, diese Ergänzungsverordnung erst noch abzuwarten. Dazu kam die Taktik vieler Hauswirte, ihren Mietern erst zu einem möglichst späten Termin von der ab Januar zu erfolgenden Mietentung Kenntnis zu geben. Dadurch war vielfach den Mietern die Möglichkeit genommen, gemeinsam in Mieterversammlungen ihre Lage zu erörtern und den mehr oder weniger folgenschweren Schritt der Kündigung wohl abzuwägen.

Hinzu kam die zu einem recht ungünstigen Zeitpunkt erfolgte Veröffentlichung der Durchführungsbestimmungen. Wie erinnerlich, geschah dies erst am Heiligabend im Reichsgefesblatt. Das schwerwiegendste Moment bei diesen Ausführungsbestimmungen war aber das übliche juristische Wenn und Aber, das dem einfachen Mann auch beim besten Willen unverständlich blieb. Trotzdem machte sich jeder, so gut er es konnte, seinen eigenen Vers aus diesen Durchführungsbestimmungen und dabei ergab sich, daß die meisten der an einer Kündigung ihres Mietvertrages Interessierten einen Vorrat ihrer Mietvorauszahlungen, Baukostenzuschüsse usw. beizubringen. Diese Dinge sind dann später aufgelöst worden. Rund drei Viertel derjenigen jedoch, die ursprünglich kündigen wollten, waren aber inzwischen zurückgeschreckt, und so dürfte nach Auffassung des Neubaumieter-Berbandes Groß-Berlin sich die Zahl der tatsächlich erfolgten Kündigungen zwischen 10000 und 15000 Fällen bewegen.

Die großen gemeinnützigen Baugesellschaften sind dabei von diesen Kündigungen am wenigsten betroffen worden. Einmal waren hier die Neubaumieter schon nicht mehr so fündhaft teuer, so daß diese einen Vergleich mit ungunstigen Altmwohnungen ansthielten, besonders wenn man den wirtschaftlich geschmittenen Grundriß und die moderne Ausstattung auch der kleinsten Neubaumwohnung in Rechnung stellt. Zum anderen haben die gemeinnützigen Baugesellschaften von vornherein auf den Abschluß von langfristigen Mietverträgen verzichtet, hat doch die Höhe zum Beispiel in vielen ihrer Blocks monatliche Kündigungsfristen. Hier waren also die hauptsächlichsten Differenzen, nämlich die zu hohe Mietätze und viel zu lange Laufzeiten der Verträge meist gar nicht vorhanden.

Andererseits jedoch bei den kleinen Neubaum-Besitzern. Hier hat sich mit Recht der Unwille der Mieter über die hohen Mieten und die unerhörte lange Dauer der Verträge einmal gründlich Luft gemacht. Der „Vorwärts“ hat schon seinerzeit auf eine Entscheidung des Amtsgerichts Panlow hingewiesen, in der das Gericht eindeutig dagegen Stellung nahm, aber auch alle Lasten aus den Mietverträgen auf Jahre hinaus den Neubaumietern aufzubürden. Dies verstoße gegen die guten Sitten. Und in der Tat sind die Letzten noch nicht allzu lange her, wo es fast nach Gnade und Barmherzigkeit aussah, wenn jemand seinen Vertrag für eine Neubaumwohnung unterschreiben durfte. Jetzt

haben die Neubaumieter dafür die Quittung erteilt. Von jeweils 100 Mietparteien dürften immer 30 bis 40 gekündigt haben, weil auch derjenige, der heute noch eine bescheidene Existenz hat, nicht voraussehen kann, was einmal in zehn Jahren sein wird, wenn sein Mietvertrag endlich abläuft. Wir erleben gegenwärtig in Berlin einen regelrechten

### Kampf zwischen Hausbesitzern und Mietern.

In einigen Fällen haben die Hausbesitzer alle Mienen springen lassen, um die Kündigungen zu verhindern. So haben sie sich Leute bestellt, die sofort, nachdem ein Mieter seine Wohnung gekündigt hatte, diese Wohnung als Mietsüßige besichtigten. Alle anderen an der Kündigung Interessierten wurden dadurch natürlich zurückgeschreckt, weil sie befürchteten, bei einer unüberlegten Kündigung am 1. April kein Dach über dem Kopf zu haben. Denn durch die am 1. Januar 1932 erfolgte Schließung der amtlichen Wohnungslisten ist den Neubaumietern der Rückweg zu einer Altmwohnung vorläufig veriperrt. Obwohl es an der Peripherie Berlins 2½-Zimmerwohnungen gibt, die ungefähr 52 Mark kosten und durch-

aus einen Vergleich mit Altmwohnungen aushalten. Trotzdem sind diese Wohnungen unvernünftig, dazu ist die Not in Berlin zu groß. In Wittenau mußte eine Baugesellschaft daran gehen, ihre leerstehenden 2½-Zimmerwohnungen aufzuteilen. Aus dem halben Zimmer wurde eine weitere Küche gemacht und in der ehemaligen 2½-Zimmerwohnung wohnen jetzt zwei Parteien mit je Stube und Küche. Da in solchen Wohnungen denn doch alles wieder voll Betten steht, geht wohl oder übel durch diese von der Not hervorgerufene Entwicklung viel von der sozialistischen geschaffenen Wohnkultur bedauerlicherweise verloren.

Im großen und ganzen aber werden sich die Hauswirte wohl mit ihren Mietern, die gekündigt haben, wieder einigen. Die Mieter werden vor den Umzugskosten zurückzukehren, überhaupt vor den ganzen Unannehmlichkeiten, die mit einem Umzug verknüpft sind, und die Hauswirte werden sich sagen, daß sie neue Mieter nur finden werden, wenn sie die freierwerdenden Räume instand setzen lassen. Also wird man in dieser oder jener Frage Zugeständnisse machen. Aus Steglitz ist ein Fall bekannt, in dem 10jährige Vertragszeiten unter dem Druck der Kündigungen auf 4jährige (!) erniedrigt wurden. Damit haben sich die Mieter zufrieden gegeben

# Hochwasserkatastrophe droht.

## Die Hochflutwelle setzt Dessau in Schrecken.

Die größte Hochwasserrwelle hat Dessau passiert. Der Promenadenwall, der letzte Wasserschutzwürfel und Verbindungsweg nach dem Osten des Kreises ist überflutet. Die Häuser der Wasserstadt stehen bereits zum Teil unter Wasser. An der Durchbruchsstelle bei Nehau hat man sich bisher vergeblich bemüht, die Wälle, die inzwischen etwa 15 Meter breit geworden ist, mit Fichtenstämmen zu schließen. Die Truppen aus Dessau und Zerbit beschränken sich darauf, die übrigen gefährdeten Dammstädte durch Aufwerfen von Nordämmen zu schützen. In Nehau und Dessau arbeitet das Militär im Verein mit Hunderten von Arbeitslosen.

### Die Stadt nicht mehr gefährdet.

Dessau, 6. Januar. (Eigener Bericht.) In später Abendstunde ist die Stadt Dessau gegen weiteres Ansteigen des Hochwassers gesichert worden. Da die Stadt selbst ziemlich hoch liegt, sind nur die Strahenzüge bedroht, die unmittelbar in der Nähe des Muldebettes liegen. Einer dieser gesperreten Strahenzüge konnte gegen Abend wieder freigegeben werden. In den beiden Hauptstrahenzügen, die von der Stadt nach der Mulde führen, sind umfangreiche Dammbauten zum Schutze gegen das Hochwasser aufgeführt worden. An den Dammbauten haben 150 Reichsbannerler teilgenommen. Unter Aufsicht der Polizei arbeiteten an den Dammbauten gemeinsam Reichsbanner, Jungbo, SA. und Technische Nothilfe.

Leipzig, 6. Januar.

In Eilenburg ist ein Follen des Wasserpiegels in den letzten 24 Stunden um 70 Zentimeter zu verzeichnen. In schmutziggelbem Schnee dahinströmende Wassermengen reichen noch immer bis an die Deichmauer der deutschen Zellulosefabrik heran und haben auch das Grundstück der Pianofortefabrik Huppeld u. Zimmermann überflutet. Bis zum Eisenbahndamm ist die Gegend ein unübersehbarer See. Von einzelnen in der Aue liegenden Gebäuden ragen nur noch die oberen Teile heraus. Wiesen und Felder sind weithin vom Wasser bedeckt, nur die Kronen der Bäume sehen aus dem Wasser heraus. Auf der Straße nach Döben mußte in der vergangenen Nacht verschiedentlich an den Deichen gearbeitet werden. Das Wasser drohte hier bei den von der Mulde weit entfernt liegenden Orten den Damm zu durchbrechen. Mit Sandsäcken, Steinen, Pfählen und Dunghaufen mußten die Dämme gesichert werden. In Klepplin mußte an drei Stellen in angestrengtester Arbeit der Damm verstärkt werden. Hier reicht das Wasser noch heute bis an die wesentlich höher liegende Chaussee heran. In Höhepreitzlich bestand nur für einzelne Häuser Gefahr. Die Aue ist vollkommen unter dem Wasser verschwunden. Vor Bellenau umspülen die Fluten die von dem Fluß entfernt liegende Straße nach Döben. Durch Versagen eines Wehres floss ein Teil des Wassers ab und drang bis zu den Häusern vor. An einer Stelle der Chaussee, wo Ausschachtungsarbeiten vorgenommen worden waren, mußte mit Brettern und Pfählen der Straßenrand gesichert werden, um einen Durchbruch zu vermeiden. Die jenseits der Mulde liegende Stegel steht unter Wasser. In dem ganzen Gebiet sieht man weiter nichts als nur die Kronen der Bäume aus dem Wasser herausragen. Bei Döben reicht das Wasser auf weite Strecken bis an die Chaussee heran. In der Nähe des Flusses liegende Häuser sind vom Wasser umspült. Mit aller Gewalt drängen die Wassermassen durch die Brücken.



Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schaber erzählt von Erich Knopf.

**Donner über der Adria**

1] Hurra!

Vor dem Auslagefenster der Zeitung drängeln sich die Menschen. Eine feindliche Festung ist gefallen! Viele tausend Russen sind gefangen genommen.

„Da seht her!“ rufen einige, „stramm sind unsere Jungs an der Front!“

Auf den Türmen läuten die Glocken. Und in den Straßen schreit es Hurra!

Militärabteilungen, die ins Feld gehen, treten auf dem Marktplatz an. Ihre Uniformen und ihre Bajonette sind mit grünem Laub geschmückt. Ein Offizier schreitet die Front ab. „Doppelreihen links! Marsch!“ Voran die Militärkapelle. Aus den Fenstern fliegen Blumen: „Nur feste drauf!“ Und die Soldaten winken: „Servus alle miteinander, wir werden sie gehörig dreschen!“

Eine alte Mutter läuft neben der marschierenden Kolonne her: „Leb wohl Peppert, komm gesund wieder.“ Sie weint ununterbrochen. Peppert, noch ans. Des Kreizers!... Sie reicht es ihm hin, „dass du dein Herrgott nit vergißt!“

Er steckt es in die Tasche. „Na, na, Mutter!“ tritt aus der Reihe und umarmt sie. Und die Musik spielt jetzt, und die Soldaten singen dazu: „Musch i denn, musch i denn zum Städtle hinaus...“

Der alte Mann neben mir singt aus voller Kehle mit. „Also leb wohl, Franz,“ und er reicht einem Soldaten die Hand. „mach mir so Schand da draußen, auch ich war Soldat.“ er hebt seinen Stod, „bau zu; wann dir so ein Gauner in den Weg kommt, schlag ihm's Kreuz ein, sonst glaubst du dran,

„Ja, Vater,“ der Soldat schüttelt ihm die Hand, „auf Wiedersehn!“ Er besinnt sich, dreht sich noch einmal um und schreit so laut er kann: „Grüß mir die Mutter no amoll!“

Ein Verwandter von uns ist auch dabei. Ich drücke ihm ein paar Münzen in die Hand: „Servus, wirst es brauchen!“

„Ich dank dir schön,“ seine Augen werden feucht. „komm bald nach!“

„Recht hast! Freiwillig rüd ich ein!“

Bereine treten mit ihren Fahnen an. An der Spitze des Zuges marschieren die Honoratioren der Stadt.

Alle Tage sind voll Musik, Gesang, Glocken und Fahnen. Und abends ist Fackelzug.

Meine Aufnahme zur Marine ist bewilligt. Warum macht die Mutter ein besorgtes Gesicht? Der Vater klopf mir auf die Schulter. Natürlich, er war auch Soldat. Die besten Kleider ziehe ich an und melde mich beim Kommando.

Blechout und Leicht, meine Freunde, sind auch dabei. Wir sind siebzehn Jahre alt.

Entscheider stehen wir vor der Kommission. Der Arzt schiebt die Brille hoch: „Also Freiwillige? Gesund?“

„Ja!“

„Tauschlich ohne Gebrechen! Anziehen!“

Froh verlassen wir das Zimmer. Eine Stunde vergeht.

„Flott!“ schreit ein Unteroffizier, „Eid ablegen!“

Wir treten beim Major ein. „Guten Tag!“

Doch der schnauzt: „Das hört sich jetzt auf!“ Und er mustert uns: „Die Zivilianer müssen verschwinden.“

Verdammt, denke ich, ein scharfer Wind weht da!

Der Major sitzt an seinem Tisch und lehrt uns den Rücken zu. Im Zimmer herrscht größte Ruhe. Man hebt ihn behutsam aus dem Sessel und dreht ihn mit dem Gesicht uns zu. Er ist kein Kriegskrüppel, aber ein Rückenmarkleiden bringt ihn langsam um. Täglich fährt er in einer Kutsche hierher, und zwei Mann tragen ihn die Treppen hinauf.

Mit gerunzelter Stirn blüht er uns an und sagt langsam, als ob ihm jedes Wort Schmerzen mache: „Alles, was ich sage, müßt ihr nachsprechen.“ Er umklammert die Stuhllehne und starrt vor sich hin, indem er vorpricht: „Ich... schwöre...“

Wir antworten, und der Treueid auf Kaiser und Vaterland ist geleistet. Es klopf an die Tür, und herein stolpert sein Pfeisendeckel, sein Barische, in beiden Händen einen Teller mit zwei Brotstücken, gut mit Butter beichmiert und mit Butter belegt, und ein Glas Wein ist auch dabei. Der Wein leuchtet noch einmal im Glase, und dann ist er verschwunden. Wir läßt das Wasser im Munde zusammen. Butter, Butz

und Wein sind schon etwas Seltenes, denn wir sind mitten im Krieg.

„Kaus mit der Bande!“ Der Major haut mit der Faust auf den Tisch. „Ach will Ruhe haben.“ Wir sind schon draußen. Ich nehme von meinem Kof eine Wanze. Etwas Schönes habe ich da aufgebodest. Und ich zerdrücke sie, pfui, wie das Vieh stinkt.

Der Wasserhahn im Wartezimmer ist noch aus Messing. Unserer daheim mußte gegen einen eisernen umgetauscht werden. Den Küchenmörser wollte man uns auch nehmen, aber ich habe ihn verräumt. An der Wand hängt das Bild des Kaisers. Der Rahmen glänzt. Aber die Bänke, auf denen wir sitzen, sind zerbrochen. Der Fußboden ist schwarz, und der Ofen droht einzufallen.

Blechout kann es trotz der Tafel „Rauchen verboten“ nicht übers Herz bringen, untätig hier zu sitzen. Er zündet eine Zigarette an. Hopfenblätter! Auch ich bekomme Appetit, und er reicht mir den Stummel. Blechout ist zum Militär gegangen, weil er glaubte, es dort besser zu haben.

Ein Feidweibel tritt ein und verzieht mir ein Kopfstück: „Rauchen verboten!“ Ich werfe den Stummel zu Boden und will eine Entschuldigung stammeln. Doch er fällt mir ins Wort: „Aufheben!“ und zeigt auf den Ofen. Wie ich die Ofentür öffnen will, fällt sie aus ihren Angeln und zu Boden. Jetzt wird der Kerl rot vor Wut: „Ihr macht dem Staate mehr Schaden als Nutzen!“ und schmeißt uns hinaus.

Zu Hause packe ich meine wenigen Habeligkeiten zusammen, und die Mutter schleppt alle Borräte an Lebensmitteln herbei und verlost sie im Rucksack. Tränen laufen ihr dabei über die Wangen.

Ich möchte sie aufmuntern: „Freut es dich nicht, daß ich Soldat geworden bin?“ Aber sie gibt mir keine Antwort, tritt an die Wiege, in der das vier Monate alte Schwesterlein liegt, und verbirgt ihr Gesicht in der Schürze. Der Abschied wird schwer, und ich denke mir: wenn ich nur schon draußen wäre. „Ach komme ja wieder heim,“ beruhige ich die Mutter. „Komm wieder so wie du gehst,“ weint sie, und ich reiße mich von allem los. Blechout und Leicht erwarten mich im Hausflur.

Auf dem Bahnhof nimmt der Vater Abschied. Er drückt mir fest die Hand: „Hüte dich vor Weibern, die Welt ist schlecht.“

Wie der Zug aus der Halle rollt, sind wir alle froh, daß das Abschiednehmen vorbei ist. Blechout halt ein Spiel Karten aus seinem Rucksack. (Fortsetzung folgt.)



# Panteleimon Romanow: Seltener Dienst

Der Milizionär des 65. Distrikts, Iwan Mitrochin, der auf Posten gegangen war, nachdem er den Namenstag seiner Cousine mitgefeiert hatte, stand an eine Pforte getreten da.

„Nichts ist schlimmer, als wenn man nach Schnaps Bier trinkt“, dachte Mitrochin, „man fühlt sich so unsicher und vor den Augen verschwimmt alles. Wovor soll ich aber Furcht haben? Straße ist Straße, und wenn Gauer kommen, habe ich einen Revolver.“

Wühlend stochte das Blut in seinen Adern: direkt auf ihn zu kamen zwei Ungeheuer auf allen Vieren herangetrochen. Sie krochen ganz sonderbar: sie hatten offenbar den Wunsch, in der Mitte der Straße zu bleiben, aber immer wieder rutschten sie zum Fußsteig hin, auf dem der Schnee zusammengelegt war.

Mitrochin rief seinen Revolver aus der Tasche, aber dann kam es ihm in den Sinn, wenn das Teufel sei, könne ein Revolver ja wie so nichts helfen. Dann aber kam es ihm wieder in den Sinn, daß er als Sowjetbeamter nicht das Recht habe, an den Teufel zu glauben.

Die Ungeheuer kamen immer näher. Mitrochin kam der Gedanke, daß es wahrscheinlich Bären seien, die aus dem Zoologischen Garten ausgerissen waren.

Er verdeckte sich im Lortengang und wartete. Als die Bären ganz nahe herankamen, hörte er deutlich folgende Worte:

„Na, heute haben wir ordentlich getostet“, sagte der eine der Bären.

„Ja“, sagte der andere und wollte noch etwas hinzufügen, wachte aber dann nur mit der Zunge und kroch weiter.

Als Mitrochin dieses Gespräch vernahm, kam er zögernd näher. „Bürger, siehensieben!“ sagte er, indem er sich ihnen in den Weg stellte.

Er hatte sie aus Geratemohls Bürger genannt. Sie erwiefen sich in der Tat als zwei unkonzerte Bürger, die sich auf allen Vieren vorwärtsbewegten.

„Warum geht ihr nicht, wie es Leuten vorgeschrieben ist?“

„Wir haben's versucht, können aber nicht“, sagte der eine, indem er Mitrochin anstarrte. Er schob die ins Gesicht gerichtete Belmühe zurück und sagte mit schwerer Zunge: „Anfangs gingen wir, wie es vorgeschrieben ist, aber dabei haben wir uns nur die Fresse kaputtgeschlagen.“

„Die Sache ist die“, sagte der andere, ohne den Kopf zu erheben, „irgendwie teuflische Macht hält uns an einer Stelle fest. Länger als eine Stunde konnten wir aus einer Ecke nicht herauskommen.“

„Bin gezwungen, euch zu verhaften“, sagte Mitrochin. „Wollen ein Protokoll aufnehmen und dann wird man euch zum Volksschlichter rufen.“

„Uns kann kein Gericht was anhaben“, sagte der eine, noch immer auf allen Vieren hockend und sich den Mund mit der Faust abwischend.

„Das Gericht kann jedem was anhaben“, sagte der Milizionär, „denn unsere Republik strengt alle ihre Kräfte an, und ihr seht auf allen Vieren durch die Straße.“

„Kommlicher Kauz“, sagte der eine, „auf was sollen wir denn sonst kriechen? Berleihe du dich in unsere Lage, dann wirst du auch so kriechen.“

„Was seid ihr denn von Beruf?“

„Degustatoren sind wir“, sagte der eine.

„Was seid ihr?“

„Ja ja, das sind wir. Verstehten wir du es sowieso nicht.“

„Woher kommt ihr denn?“

„Vom Dienst.“

„Was seid ihr denn für Arbeiter, wenn ihr beide besoffen seid wie die Schwärme?“

„Wir sind ja auch deshalb besoffen, weil wir vom Dienst kommen.“

„Keine Redensarten mehr. Gib mir die Hand, ich helfe dir gehen.“

„Na, wie soll ich denn auf drei Beinen gehen?“

„Auf zwei Beinen mußt du gehen, genau wie alle anderen Bürger der Republik“, sagte der Milizionär mit amtlicher Strenge.

„Der anderen wohl, aber wir nicht.“

„Der Teufel soll euch bösen“, sagte Mitrochin, „ich verstehe kein Wort. Was seid ihr, hast du gesagt?“

„Degustatoren sind wir.“

Der Milizionär dachte einen Augenblick angestrengt nach, winkte dann hoffnungslos mit der Hand und sagte:

„Wo kommt jetzt mit, im Revolver wollen wir alles karstellern.“

Mitrochin machte einige Schritte, aber dann spürte er noch einmal, daß man nach Schnaps unter keinen Umständen Bier trinken darf.

„He du“, sagte einer der Verhafteten, „was taumelst du denn hier herum? Welcher Teufel hat dich in den Scherhaufen geworfen? Hoffst du auf der Straße keinen Platz?“

„Was für einen Scherhaufen, hier gibt's ja gar keinen Scherhaufen“, murmelte Mitrochin, indem er sich den Schnee aus seinen Knieeln schüttelte.

„Was seid ihr übrigens für Mitarbeiter der Republik“, rief er, längs der Wand weitertaumelnd. „Wie habt ihr euch so vollgeschissen?“

„Ueberstunden haben wir gemacht“, sagten die Verhafteten.

Der Milizionär wandte sich um, blinzelte die Verhafteten an, spuckte aus und ging weiter.

„Überhand Besoffene habe ich schon ins Revolver gebracht, aber solche Teufel habe ich noch nicht gesehen.“

Als er ins Revolver kam, meldete er sich beim Diensthabenden:

„Besoffene habe ich gebracht.“

„Wieder Besoffene? In die Presse müßte man sie hauen, die Hundsföhne. Wer sind sie?“

„Reiß der Teufel, wer sie sind“, sagte der Milizionär. „Ich konnte das nicht herausbekommen. Nur an der Sprache erkannte ich, daß das Menschen sind.“

„Hol sie herein“, sagte der Diensthabende, „wir kriegen das schon heraus.“

Als die Verhafteten, über und über mit Schnee bedeckt, ins Zimmer traten, fragte der Diensthabende, indem er sie durch seine Strohbrille anschaute, mit strenger Stimme:

„Wer seid ihr?“

„Degustatoren sind wir“, sagte der eine.

Der Milizionär blinzelte schnell den Diensthabenden an. „Ein solches Wort gibt es gar nicht.“

„Von wo kommt ihr her?“

„Vom Dienst.“

„Was habt ihr für einen Dienst?“

„In der Schnapsbrennerei.“

„Ihr habt euch also bei der Ausübung eurer amtlichen Pflichten besoffen?“

„Gewiß, wir haben nicht umsonst gefressen.“

„Ich verstehe kein Wort“, sagte der Milizionär zum Diensthabenden.

Dieser wachte offenbar auch nicht, was er sonst noch fragen sollte, und blinzelte stief in Gedanken versunken auf die Verhafteten.

„Warum seid ihr so spät nach Hause gegangen?“

„Ueberstunden haben wir gemacht.“

„Und warum habt ihr euch angetrunken?“ fragte der Diensthabende, indem er die Hand auf eine Schwabe herabtaufen ließ, die quer über den Tisch laufen wollte.

„Wir haben uns eben angetrunken, weil wir Ueberstunden gemacht haben.“

„Also da soll man auch nur ein Wort verstehen“, empörte sich der Milizionär.

Der Diensthabende lehnte sich in seinen Stuhl zurück: „Worin besteht denn euer Dienst?“

„Darin, daß wir den Schnaps probieren, die Sorten bestimmen... Eine Sorte ist teurer, die andere billiger.“

Der Milizionär wachte mit dem Diensthabenden einen schnellen Blick. „Donnerwetter, das ist mal ein Dienst.“

„Na, was hast du denn geglaubt! Sicher — ein Dienst.“

„Donnerwetter!“

„Na also, wie probiert ihr denn eigentlich?“

„Wie soll's denn sein? Man soll 'nen Schluck in den Mund nehmen und dann ausspucken.“

„Was, Schnaps ausspucken?“ fragte der Diensthabende betroffen.

„Ja ja doch.“

„Das ist doch der wahre Hohn“, empörte sich der Milizionär, „Schnaps ausspucken! Hol's der Teufel, ich würde das nie tun. Und ihr, spuckt ihr denn wirklich aus?“

„Wie's trifft... Wenn man so den ganzen Tag verschiedene Sorten probiert, kriegt man, auch wenn man sie ausspuckt, mancherlei ab.“

„Da hast du recht, verschiedene Sorten, besonders Schnaps zusammen mit Bier“, sagte der Milizionär träumerisch...

„Und so seid ihr denn jeden Gotteslag in einem solchen Zustand?“ fragte der Diensthabende.

„Rein, nur wenn wir Ueberstunden machen.“

„Kann man denn nach eigenem Willen Ueberstunden machen?“ fragte der Milizionär.

„Arbeit gibt's ja immer.“

„Ich würde keinen einzigen Tag auslassen“, sagte der Milizionär, indem er sich den Mund wuschte...

„Seht euch doch, was steht ihr so herum?“ sagte der Diensthabende. „Sonderbar, was für Posten es jetzt gibt... Du darfst also faulen und kein Teufel kann dir etwas anhaben. Das ist mal ein Dienst! Und von unsreinem verlangt man, daß wir die Besoffenen besonders streng bestrafen, denn durch die Sauserei hat unsere Republik einen ungeheuren Schaden... sozusagen Ausschreitungen und was sonst noch. Wie ihr auf allen Vieren durch die Straßen gekrochen seid, hätten wir euch eigentlich ins Loch stecken müssen. Aber ihr seid ja sozusagen in amtlicher Eigenschaft auf allen Vieren gekrochen.“

„Wie ist es nun, wenn man den Schnaps nicht rauspuckt?“ erkundigte sich der Milizionär gestillt.

„Dann kommst du auch auf allen Vieren nicht nach Hause“, erwiderten die Verhafteten.

„Donnerwetter!“

„Na, müßt ihr also hier bei uns übernachten oder sollen wir euch nach Hause schaffen lassen?“

„Irgendwie kommen wir schon selber nach Hause.“

„Und morgen werdet ihr also in der Frühe wieder anfangen?“

„Was denn sonst, natürlich in der Frühe.“

„Donnerwetter, ist das mal ein Dienst.“

Als die Verhafteten, sich gegenseitig süßend, längs der Wand aus dem Revier heraussaumen, blinzelten ihnen die beiden Beamten lange nach. Dann rief der Diensthabende:

„Ist bei euch kein Posten frei?“

„Ree, alles besetzt.“

Der Milizionär fragte sich den Hintertopf, lief auf die Straße und fragte:

„Kann man auch nicht im Afford bei euch arbeiten?“

(Aus dem Russischen von A. Stein.)

# Horbert Jacques: Ein Nachtbild aus Stambul

Wenn ich nichts nach Hause komme, schaue ich noch lange von dem Balkon meines Zimmers in Pera über den Bosphorus oder gehe an das Fenster über die Ecke und sehe auf das Goldene Horn hinab, und im fast grellen Mondschein leuchten die Steine der Friedhöfe über Ghoub. Sie liegen in der Ferne wie bleiche, dicht aneinander in den Berg getreute Knochen.

Tief unter diesem Fenster und diesem Balkon, denn das Hotel ist an den Hügel gebaut, zieht von der alten Brücke herauf eine Straße an einem wüsten, hängenden Leerraum vorbei, dessen Häuser vor einigen Jahren abgebrannt sind. Ueber die andere Straßenseite steigt der Park einer Bergnütungsanstalt steil an. In ihr wird bis es Uhr nachts im Freien Kino gespielt. Nachts beginnt in einer offenen Halle eine Jazzmusik. Die gelappten Rhythmen stoßen mich immer wieder aus dem Schlaf und werden erst mit den letzten Stunden der Nacht von dem Schreien der Egel abgelöst, die wie grelle Fluten rören. Die Egel kommen von der alten Brücke her und werden, mit Gemüsen, Melonen, Trauben und Pfirsichen bedeckt, in die Stadt getrieben.

Einsmal, als ich kurz nach eins nach Hause kam, sah ich unten tief in der Straße um den Klammast einer Bogensamp eine Bewegung. In der Nacht. Es ist auf dem Steig, der unter der Mauer des steil ansteigenden Kino- und Konzertgartens läuft. Er ist flach, acht Stadtwerte unter mir. Ich muß das Fernglas zu Hilfe nehmen.

Es sind Kinder. Sie haben Schill und Säcke zusammengetragen und sich hineingebettet. Sie schlafen nicht, trotz der späten Stunde. Sie wimmeln und spielen durcheinander, und es dauert eine Weile, bis ich ausnehme, daß es sechs sind. Es scheinen Jungen und Mädchen. Sie mühen zwischen sechs und zehn Jahre sein.

Ich komme fast immer in der gleichen Stunde heim, gegen eins. Die Kinder sind jede Nacht da. Die Jazzpötte spielt gerade über ihnen. Gemisch haben sie sich, aus der ganzen Stadt heraus, diesen Platz ausgewählt, weil sie hier zu ihrem freien Lager das Freikonzert haben.

Nie habe ich sie einschlafen sehen. Jede Nacht schaue ich mit dem Glas hinab, bevor ich mich ins Bett lege. Sie fügen sich im Spiel durcheinander auf dem Schilf und auf den Säcken, während die Takte der europäischen Musik über ihnen unermüdlich gehen. Ich frage

nicht, ob sie vielleicht gar glauben, daß diese Musik keineswegs für die defektierten internationalen Damen und für die Kavaliere da abge spielt, sondern lediglich für sie.

Aber einmal halte ich es doch länger aus als sie. Ich beobachte, wie eines nach dem anderen aus dem Spiel lachend herausgleitet, überganglos sich zusammenrollt und zwischen die Erde und das Schilf verkrümelt. Der Große hat angefangen. Ich sehe, wie er einige Male sich etwas erhebt und die im Spiel Verharrenden mahnt. Es ruht auch. Stets legt sich wieder eines hin. Bis schließlich das Allerkleinste noch wach ist, aufsteht und zu der Musik und über die Schlafenden hinweg zu tanzen beginnt, mit werfenden Armen und strampelnden Beinen.

Da steht der Große auf und haut ihm eine herunter. Der Kleine lacht ins Schilf. Auch der Große legt sich wieder, und nun schlafen alle. Es ist zwei Uhr vorbei. Die Jazzmusik geht bis vier Uhr am Morgen weiter über ihre Träume.

Jede Nacht kämpfe ich mit mir, hinabzugehen und mir diesen kleinen, von einer Ohrfeige so sicher verwalteten Staat in der Nähe anzusehen. Die Duldbarkeit der Stadt, die Nacht Gottes und der Besitzer des Hotels da Barre liefern ihrem Mausest alles umsonst, was irgendwelche verhoffene Eltern, irgendein haustöcher Haushalt ihnen schuldig bleibt.

Aber ich überwinde mich. Rein, ich werde nicht zu ihnen hinabgehen. Sie sollen weiter unbeobachtet sich ihrem Nachleben hingeben. Sie sollen weiter ungestört bleiben als etwas, was es nicht mehr gibt in Europa. Sie sind eine Gemeinschaft unentzaunderter Dämonen und nur von der Höhe von sieben oder acht Stadtwerten herunter zu betrachten. Eine Kolonie der Sorglosigkeit sind sie. Ihrer Anspruchslosigkeit gehört eine ganze Welt, die uns allen verschlossen ist, und um eine ihrer von fremder Musik verzauberten Stunden, die für ganz andere gemeint sind, aber von diesen kleinen Ströchen da unten zwischen Schilf und alten Säcken für sich geknappt werden, gäbe man Wochen unserer Kostlosigkeit.

Denn sie tragen noch den Segen eines Gottes in sich, von dem wir andern aufgegeben wurden.

# Kofra: Der Abreißkalender

Nichts geht doch über einen schönen Abreißkalender!

Zum Jahresanfang habe ich so ein herrliches Exemplar in die Hand gedrückt bekommen. In ihm sind außer den 366 Tagen noch verschiedene Gedankensätze, nämlich ein Räthselzettel und „Sinnprüche“ enthalten. Es ist doch erhebbend, wenn man am frühen Morgen, ehe man zur Arbeit rennt, mit nüchternem Magen den Zettel abreißt und den Tagespruch liest: „Mit rüstiger Arbeit und rüstigen Beinen verschach die Verlockung und tröge den Bösen.“ — Du kommst dann nicht mehr in die Versuchung, es auch einmal so gut haben zu wollen wie vielleicht dein „Brother“, der sich um diese Zeit noch im schönen warmen Bett auf die andere Seite wälzt. Der hat auch bestimmt nicht so einen schönen Kalender in seinem Arbeitszimmer hängen. Hätte er einen, so würde er den Spruch tennon: „Morgenstunde hat Gold im Munde!“ Für ihn hat allerdings Morgenstunde Gold im Munde; denn während er noch schläft, verdienen seine Arbeiter für ihn einen schönen Klumpen Gold.

Solltest du aber democh darüber nachdenken, so bringst dich der nächste Spruch gewiß auf die rechte Bahn, der da lautet: „Ihr Anechte, seid gehorsam eurem leiblichen Herrn mit Furcht und Zittern!“ — Sonst kommt ihr nicht in das Himmelreich! — Wenn ihr dann im Himmel seid, dann wird euch euer „leiblicher Herr“ bestimmt nicht begegnen; denn es steht auch im Kalender geschrieben: „Eher wird ein Kamel durch ein Nadelohr gehen, als daß ein Reicher in den Himmel kommt!“ — Na ja, wer's glaubt!!!

Aber mein Kalender hat noch mehr Eigentümlichkeiten. Am 27. Januar steht unter Gedankensätzen: „Kaiser Wilhelm II. geboren.“ Ich dachte bestimmt, daß mein Kalender einige Jahre nachginge. Doch nein, er war richtig aufgezogen und zeigte das Jahr 1932, also das 14. Jahr der Republik an. Komisch, komisch, dachte ich und ließ die Blätter durch meine Hand gleiten. Und da fällt mein Blick wieder auf einen Gedankensatz: „1. Mai 1916, Seesieg am Stagerrat.“ Darunter als Spruch: „Lasset die Kindlein zu mir kommen.“

Am 15. September 1882. U-Boot-Held Beddigen geboren.“ — Spruch dazu: „Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir unserem Nächsten kein Schaden noch Leid tun, sondern ihm helfen und fördern in allen Lebensnöten.“

Nun suchte ich den 9. November, neugierig, ob da als Gedankensatz etwas aufgeführt war. Vergebens! Dafür aber stand unterm

17. November: „Verkündung der sozialen Gesetzgebung. Thronrede Wilhelms I. 1881.“

Noch etwas ist mit diesem Kalender passiert.

Es war eines Freitagmorgens. Meine Frau sollte mir mit, daß ihr Wirtschaftsgeld alle wäre und sie nicht wüßte, was sie tun könnte. Da ich gerade den Kalenderzettel abreißte, sehe ich nach der Rubrik „Räthselzettel“. In diesem Lage mühte ich aber, nach dem Willen des Kalenderfabrikanten, „Fleischsuppe mit Federhändel, gedämpfte Kalbshörner mit Bratkartoffeln und Kompott“ geben. Der Spruch darunter lautete: „Arbeit, Mühe, Schweiß und Frost, sind des Ruhmes und der Tugend Koll.“

Also brauche ich nicht gedämpfte Kalbshörner!

Weiter, den nächsten Tag: „Topfkalbsuppe — Schlei blau getocht mit Meerrettichsauce und Kartoffeln — Sauerjohannis.“ Nächster Tag: „Beinsuppe — Gedämpfte Wildente mit Olivenöl — Kartoffeln — Vanillecreme.“ Am Sonntag: „Vegetarische Grieschuppe — Gebratener Truthahn — Salat — Kompott — Kartoffeln — Verschiedenes Obst — Konjett.“ Sprüche dazu: „Des Gottesfriedens Heimat ist das Haus!“ — „Nichts lockert mehr der Reizung zart: Bande, als Sorgen um des Lebens Unterhalt.“ — „Spazie in der Zeit, so hast du in der Not!“

So und ähnlich ging es sämtliche 366 Tage hindurch. Essen, die ich nicht einmal dem Namen nach kannte, geschweige denn jemals gegessen habe, waren verzeichnet, und ich konnte mir an diesem Tage nicht eine Kartoffelsuppe leisten. In diesem Kalender wurde mir die kapitalistische Weltordnung offenbar.

Für die herrschende Klasse das Wohlleben und Genießen. Für das Proletariat aber die schönen Bibel- und sonstigen Sinnprüche.

Als ich das an dem Kalender erkannte, wußte ich ihn ins Feuer werfen. Dann unterließ ich es aber und gab ihm einen guten Nagel. Ich habe es mir überlegt. Nichts kann uns täglich mehr an die Klassenunterschiede in der „göttlichen“ kapitalistischen Weltordnung erinnern, als so ein Kalender.

Die Älteste Regel der Welt dürfte die im Jahre 1304 erbaute Regel der Marienkirche in Lübeck sein, die also schon über vierhundert Jahre alt ist.

Die Träger auf dem Londoner großen Fischmarkt auf Billingsgate tragen besondere Hüte, die etwa fünf Pfund Leder, acht Meter gewachsenen Bindfaden und vierhundert Nägel enthalten.





# Neubaumieten müssen stärker gesenkt werden.

## Die Mieter sind mit Recht verbittert. — Die Reichsregierung muß sofort handeln.

Durch die Massen der Neubaumieten geht bittere Enttäuschung. Mit Recht. Ihre Lage ist zum großen Teil noch viel trostloser als die der Altmieten; denn die Mieten der Neubaugewohnungen liegen erheblich über den Altmieten. Lohnabbau, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit haben die Lage zahlloser Neubaumieten geradezu verzweiflungsvoll gemacht, und die Möglichkeit, in Altmietwohnungen zu flüchten, besteht trotz der einmaligen Freigabe der Kündigung zum 1. April nicht, denn die entsprechenden Altmietwohnungen sind ja gar nicht verfügbar.

denn sie würde die karglichen und völlig unzulänglichen öffentlichen Mittel, die heute noch für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen, weiter beschränken, und überdies ist bereits vielfach durch Vorgriffe über diese Rückflüsse verfügt worden.

Es wäre auch zu prüfen, ob nicht auch für ältere Wohnungsneubauten, wie es bereits für die neuen geschieht,

**auf die Erhebung der Grundvermögenssteuer verzichtet werden könnte.** Freilich würde dadurch ein gewisser Steueranfall entstehen, der vom Reich gedeckt werden müßte. Es gibt aber noch einen anderen Weg, der überhaupt keine fühlbaren Opfer von irgendeiner Seite erfordern würde. Ernst Rahn hat in der „Frankfurter Zeitung“ den Vorschlag gemacht,

**die Tilgungsraten für das Baukapital herabzusetzen.**

Er errechnet aus einer Senkung des Amortisationsfußes von 1 auf 1/2 Proz. eine Mietermäßigung von 8 bis 10 Proz. Diese Schätzung erscheint uns zwar zu hoch, denn bei einem großen Teil des Baukapitals, der aus Hauszinssteuermitteln bereitgestellt wurde, ist häufig die Tilgung vorläufig ausgelegt oder die Verfügung über die Tilgungsraten ist, wie oben schon erwähnt, gebunden. Immerhin würde eine generelle Herabsetzung der Tilgungsraten für sämtliche übrigen Hypotheken eine weitere Mieten- und Zinsminderung in den Neubaugewohnungen um einige Prozent gestatten. Sie rechtfertigt sich durch die Ermüdung, daß die Lebensdauer der Häuser viel größer ist als der Zeitraum, der sich aus der Höhe der Tilgungsraten errechnet, unter der Voraussetzung einer verzinslichen Anlage dieser Beträge.

Dasselbe, was für die Tilgungsraten bei Hypotheken mit laufenden Tilgungsbeiträgen gilt, gilt auch für die Kalkulation der Mieten durch die Neubaubesther, soweit es sich um die Amortisation des Eigenkapitals und ferner Hypotheken handelt, die zu einem bestimmten Termin im ganzen zurückzuzahlen sind. Der einfachste Weg, um eine solche Maßnahme durch-

zuführen, wäre natürlich eine zwangsweise Herabsetzung der Tilgungsraten für Wohnungsneubauhypotheken analog der zwangsweisen Zinsentlastung. Aber gegen diesen Weg spricht das Bedenken, daß ein abermaliger zwangsweiser Eingriff in die Gläubigerrechte die Störungen des Kapitalmarktes noch weiter verstärken müßte. Gangbarer und wohl ebenso wirksam erscheint uns ein anderer Weg. Der überwiegende Teil der Neubauhypotheken stammt aus verhältnismäßig wenig Quellen: von den Sparkassen, den Hypothekenbanken, der Privat- und Sozialversicherung. Alle diese Einrichtungen besitzen zentrale Spitzenorgane. Es müßte daher ein Leichts sein.

**in zentralen Verhandlungen mit den Spitzenorganen die Gläubiger generell zu einer gleichmäßigen Herabsetzung der Tilgungsraten zu bewegen.**

Auch sie hätten ja davon den Vorteil, daß die Lage und Zahlungsfähigkeit der Schuldner durch eine solche Maßnahme verbessert würde.

Es erscheint uns daher als eine dringliche Aufgabe der Reichsregierung, sofort zentrale Verhandlungen über die Senkung der Tilgungsraten für Neubauhypotheken in Gang zu bringen, unabhängig davon, welche weiteren Wege beschritten werden, um die Lage der Neubaumieten zu erleichtern. Im Anschluß daran müßte natürlich den Neubaubesther vorgegeschrieben werden, die Mieten so festzusetzen, daß die Senkung der Tilgungsraten voll berücksichtigt und darüber hinaus die Amortisationsraten für das Eigenkapital und die Fälligkeitshypotheken entsprechend herabgesetzt werden.

Es war darum allgemein erwartet und gefordert worden, daß die Neubaumieten wesentlich stärker gesenkt werden als die Altmieten. In Wirklichkeit ist zum Teil das gerade Gegenteil eingetreten.

Während die Altmieten generell um 7 bis 8 Proz. ihrer bisherigen Höhe gesenkt wurden, erreicht die Mietenentlastung für einen großen Teil der Neubaumieten nicht einmal diesen Prozentsatz und geht für die übrigen Mieten zumeist nur unbeträchtlich darüber hinaus. Das Problem der Neubaumieten ist also nach der Rotverordnung noch genau so dringlich und ungelöst wie vorher. Ja es ist sogar noch brennender geworden, denn die Lage der Neubaumieten hat sich durch die Lohn- und Gehaltsentlastungen, die die Rotverordnung ihnen beschert hat, noch weiter verschlechtert. Es müssen schleunigst Mittel und Wege gefunden werden, um eine weitere Senkung der Neubaumieten zu ermöglichen.

Man könnte an verschiedene Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels denken. So könnte daran gedacht werden, vorübergehend auf die

**Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken zugunsten der Neubaumieten zu verzichten.**

Eine solche Maßnahme wäre freilich ein zweischneidiges Schwert;

## Margarine billiger.

### Mißlungene Preiserhöhung für die niedrigsten Konsumsorten.

Im vergangenen Monat erregte es großes Aufsehen, daß die Margarineindustrie mit Hilfe eines neu gegründeten Kartells den Versuch unternahm, die billigsten Sorten, die bis dahin im Großhandel zu 27 Pf. gehandelt wurden, auf 32 bis 33 Pf. heraufzusetzen. Hinter dieser Aktion stand der englisch-holländische Margarinekonzern Jürgens van den Bergh, der rund 80 Proz. der deutschen Margarineindustrie beherrscht und auch die wichtigste Vorproduktion für Margarine, die Deilmühlen, zu mehr als 50 Proz. in Deutschland kontrolliert. Abgesehen davon, daß gegen diesen skandalösen Kartellbeschuß eine starke Außenfirmenaktion ankämpfte, konnten die Preiserhöhungen für diese billigsten Sorten nicht durchgeführt werden, da inzwischen die Rotverordnung der Reichsregierung diese Absicht des Kartells durchkreuzte.

Nummer hat sich auf Grund der Rotverordnung vom 8. Dezember die Margarine-Verkaufsunion entschlossen, die Kleinhandelspreise für die Spitzenmarken der Jürgens van den Bergh-Gruppe abzubauen. „Rama im Blei“ wird von 1 R. auf 80 Pf. je Pfund, „Sanella“ von 70 auf 63 Pf. je Pfund und „Palma“ gleichfalls von 70 auf 63 Pf. je Pfund gesenkt. Einer entsprechenden Senkung wurden auch die Großhandelspreise unterzogen.

Diese Ermäßigung, der die freie Margarineindustrie bald folgen dürfte, ist dem Margarinekonzern sicherlich nicht schwer gefallen, denn die wichtigsten Rohstoffe, wie Sojaöl, Palmkerne und Waltran sind seit 1929 um 45 bis 50 Proz. im Preise gesunken, während die Margarine selbst, von der dritten Sorte abgesehen, in der gleichen Zeit nur um 6 bis 8 Proz. billiger geworden ist.

### Weitere Preisentlastungen.

Auf Grund der Rotverordnung sind die Rohgarnpreise um 5 bis 10 Proz., die Preise für Rhénania-Phosphat, für Siegerländer Eisenstein, ferner für Faltenrohre und Temper-Rohreifen um 10 Proz. ermäßigt worden. Auch Bitumen (Erdpech usw.) ist vom Kartell um 10 Proz. gesenkt worden. — Für Zeitschriften hat der Reichswirtschaftsminister durch einen Zwischenbescheid die Aufrechterhaltung der Preisbindung unter Zugrundelegung der bisherigen Preise bis zum 31. Januar bewilligt.

## Die Baiffe der deutschen Dollaranleihen

### In neun Monaten zwei Drittel des Kursstandes verloren.

Wie zerstörend sich die deutsche Reparations- und Wirtschaftskrise im Vertrauen der Auslandsgläubiger deutscher Dollaranleihen ausgewirkt hat, dafür zeugt die rapide Abwärtsentwicklung der Kurse wie der Anleihen auf den ausländischen Börsen. Die Kursstürze übertreffen diejenigen anderer festverzinslicher Papiere um das Vielfache. So standen siebenprozentige Dollaranleihen am 21. März 1931 in New York noch auf 97,5 Proz., in Amsterdam auf 95 Proz. Sie waren am 2. Januar 1932 in New York auf 37,8, in Amsterdam auf 36,9 Proz. gesunken. Sechseinhalbprozentige Dollaranleihen standen zu den gleichen Zeitpunkten in New York auf 87,4 und sanken auf 25,3 Proz., in Amsterdam auf 86 und sanken auf 25,6 Proz. Der Kursrückgang beträgt etwa zwei Drittel des Ausgangswertes. Ebenso starke Rückgänge hat die Young-Anleihe aufzuweisen. Sie ist zwischen den genannten Zeitpunkten in New York von 83,5

# Schwarztopf und Bamag.

## Schwarztopf stützt sich auf Reserven. — Was wird bei Telephon Berliner?

Der Jahresabschluss der Berliner Maschinenbau A.-G. vom 1. Schwarztopf für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1930/31 weist einen Verlust von 3,29 Millionen Mark aus, nachdem bereits im vorhergehenden Jahr zum erstenmal in der sechzigjährigen Geschichte dieses großen Berliner Unternehmens ein Verlust von 1,3 Millionen entstanden war.

Der Verlustabschluss kommt nicht überraschend, da die wichtigsten Betriebe bei Schwarztopf der Lokomotivbau und der Schienenfahrzeugbau von der Krise ganz besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Während im Vorjahre immerhin noch ein Rohgewinn von 2,66 Millionen Mark erzielt wurde und sich der Verlust erst nach Abhebung der Generalunkosten, Abschreibungen und Zinslasten ergab, ist diesmal ein Betriebsverlust von 185 000 Mark ausgewiesen, der nach Verrechnung der Unkosten und Abschreibungen zu dem erwähnten Gesamtverlust geführt hat. Bemerkenswert ist, daß die Generalunkosten in den letzten zwei Jahren um insgesamt 40 Prozent herabgesetzt werden konnten. Bei den immer noch sehr starken Reserven von Schwarztopf, die einer besonders vorsichtigen Politik bei der Umstellung auf Goldmark im Jahre 1924 entsprangen, ist es der Gesellschaft möglich,

mit Hilfe des Reservefonds die gesamten Verluste zu decken, wonach dieser Fonds immer noch 16 Prozent des Aktienkapitals umfaßt. (Gesetzliche Vorschrift 10 Proz. des Kapitals.)

Ueberraschend günstig haben sich trotz des schweren Krisendruckes auf den Betrieben die Finanzen bei Schwarztopf entwickelt. Die gesamten kurzfristigen Schulden sind von 9,7 bis auf 6,3 Millionen Mark zurückgezahlt worden, wobei besonders stark der Abbau der Bankschulden und Warenvorschüsse von 4,2 auf 1,2 Millionen ins Gewicht fällt. Demgegenüber stehen an Forderungen 7,44 Millionen, darunter 1,2 Millionen Bankguthaben.

Der Gesamtumsatz ist im Geschäftsjahr 1930/31 um 40 Proz. gesunken, dürfte also damit etwa auf den Stand eines einmaligen Kapitalumschlages gefallen sein. Für das gänzliche Verlegen des Inlandsmarktes ist bezeichnend, daß

75 Prozent des Gesamtumsatzes nach dem Auslande exportiert wurden, gegen 57 Prozent im Vorjahr.

Von der Reichsbahn erhielt Schwarztopf auf Grund des bekannten Liefervertrages im vergangenen Jahr zwölf schwere Schnellzugmaschinen in Bau und für das laufende Geschäftsjahr drei schwere und neun leichtere Maschinen. Auch einige mittlere Auslandsaufträge wurden im Berichtsjahr und auch noch im neuen Geschäftsjahr 1931/32 abgewickelt. Diese Aufträge wurden, wie der Geschäftsbericht betont, zu schlechten Preisen heringenommen, um wenigstens einen kleinen Stamm der qualifizierten Lokomotivbauschicht zu erhalten. Zur Zeit ruht das Auslandsgeschäft nahezu vollständig, und durch den mehrfachen Währungssturz im Auslande ist der Konkurrenzkampf auf das äußerste erschwert. Nach dem bisherigen Ergebnis der abgelaufenen sechs Monate des neuen Geschäftsjahres wird auch dieses mit einem Verlust abschließen.

Die Bamag-Meguin A.-G. in Berlin-Moabit schließt, wie wir schon berichteten, das gleichfalls am 30. Juni 1931 abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Verlust von 2,06 Millionen Mark ab. Auf dem Gebiete des Gas- und Wasserfaches ist der Ausstrahlung, der besonders durch die deutschen Kommunen und die Montanindustrie gespeist wurde, fast zum Erliegen gekommen.

Auch einige größere Auslandsaufträge für Ammoniakanlagen, Walzwerkseinrichtungen und Mälloverbrennungsmaschinen konnten hier keinen Ausgleich schaffen. Hinzu kamen sehr starke Verluste aus bereits durchgeführten Lieferungen infolge Zusammenbruchs der Schuldner. Dies war hauptsächlich bei Großkunden wie den Vena Goldfields Ltd., London, und dem Pechkoryern in Schlesien der Fall. Da auch anderweitig noch stärkere Ausfälle zu verzeichnen waren, schlägt die Verwaltung zur Durchführung einer allgemeinen Wertberichtigung für die Anlagen und die Außenstände eine Zusammenlegung des Kapitals von 12 auf 6 Millionen Mark vor, um mit den hieraus entstehenden Guthabengewinnen die notwendigen Abschreibungen vornehmen zu können. Die Gesellschaft sah sich bereits 1927 zu einer scharfen Kapitalzusammenlegung von 16,5 auf 3,3 Millionen gezwungen, wobei leinzeitig im Verlaufe der Sanierungsaktion die Julius Pintsch-Gruppe von der Bamag Besitz ergriff. Wie die letzte Entwicklung zeigt, ist aber die damalige Sanierung nicht durchgreifend genug gewesen, um das Unternehmen krisenfest zu machen.

## Abbau bei der Telephonfabrik J. Berliner.

Die zum Standard-Elektrizitätskonzern gehörende Telephonfabrik J. Berliner A.-G. wird ihre bisherige Belegschaft von 1100 Arbeitern und Angestellten erheblich verringern. Wie wir hierzu erfahren, hängt diese Maßnahme mit Umgruppierungen im Konzern zusammen, wobei die Telephonabteilungen des Unternehmens auf Witz & Genest übergehen sollen. Bei dieser Gesellschaft ist das gesamte Telephongeschäft des Konzerns konzentriert. Zugleich soll das Radiogeschäft bei Lorenz zusammengefaßt werden. Mindestens Arbeiter und Angestellte bei der Telephonfabrik Berliner von dem Abbau betroffen werden, ist noch nicht bekannt.

Kurz vor Redaktionsschluß erfolgt folgende Veröffentlichung:

In der Aufsichtsratsitzung der Telephonfabrik Berliner A.-G. Berlin, wurde Mitteilung gemacht von dem Verlust von mehr als der Hälfte des 2,97 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals. Im Anschluß daran wurde beschlossen, zur Senkung der Unkosten den Betrieb auf dem eigenen Fabrikgrundstück abzubauen und mit den Konzernfirmen Verhandlungen (Standard Elektricitäts A.-G.) darüber aufzunehmen, die Fabrikation in deren freistehende Räume zu verlegen. Beschluß über diese Punkte soll in einer auf den 4. Februar 1932 einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung gefaßt werden. Diese durch die ungünstige Wirtschaftsentwicklung unvermeidlich gewordenen Maßnahmen werden es im übrigen ermöglichen, die Firma weiter aufrechtzuerhalten.



# JUNO

> IHRER GÜTE WEGEN <  
BERLINS  
MEISTGERAUCHTE  
CIGARETTE 6 Stück 20 ₤



